

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Nollbuiserdam 21.

Inserate  
pro vierpaltige Beitzzeit 60 Pf.,  
Stellenangebote 40 Pf.; für Be-  
handlungsangelegenheiten 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 9

Berlin, den 26. Februar 1910.

26. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Zum Revisor der Verbandskasse ist von der Zahlstelle Berlin an Stelle des von hier abgereisten Kollegen Alfred Hanke der Kollege Rudolf Hoffmann gewählt worden.

2. Da Mitte März ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, uns etwa noch nicht gemeldete Adressenänderungen bis spätestens 7. März angeben zu wollen. Um das Verzeichnis nicht von vornherein an Wert einbüßen zu lassen und unseren reisenden Kollegen unnötige Wege und Unannehmlichkeiten zu ersparen, rechnen wir mit Bestimmtheit auf rechtzeitige Angabe aller in Betracht kommenden Adressen.

Der Vorstand.

## Zum Verbandstag.

Mehr Agitation.

Nachdem nunmehr unser erster Verbandstag einberufen ist, wird auch in unserer Zeitung jetzt eine ergiebige Diskussion anheben, in der die Aufgaben des Verbandes besprochen und Anregungen zum weiteren Ausbau des Verbandes gegeben werden. Um ein zielbewusstes Arbeiten des Verbandstages von vornherein zu gewährleisten, ist es neben anderem auch notwendig, daß sich die Diskussionen zu demselben in Bahnen bewegen, die das zusichern. Wir denken nun nicht im entferntesten daran, die Rechte unserer Mitglieder zu beschneiden oder auch nur den Versuch dazu machen zu wollen. Trotzdem soll aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß die nachfolgenden Ausführungen eine Richtschnur abgeben sollen für die Diskussionen, wie sie durch die allgemeine Wirtschaftslage, durch die Entwicklung unseres Verbandes und durch die Notwendigkeit seiner besonderen Aktionsfähigkeit verlangt werden.

Der Nürnberger Verbandstag im Jahre 1907 fiel zeitlich zusammen mit dem Einsetzen des wirtschaftlichen Niederganges, der kommende Erfurter dagegen steht im Zeichen der Beendigung der Krise, ja, schon mitten im Anstieg der Konjunktur. Unser Verband wird von diesem Anstiegen jetzt noch wenig berührt, was seine Ursache darin findet, daß unsere Berufsverhältnisse — im Durchschnitt genommen — in der Regel erst im Herbst anfangen, sich besser zu gestalten. Das trifft überall da zu, wo unser Beruf auf einem kleineren Wirtschaftsgebiet verhältnismäßig stark vertreten ist: also auf die Großstädte. Diese werden auch nur von der Krise besonders schwer getroffen, während mittlere und kleinere Orte darunter weniger zu leiden haben, weil hier der Übergang von der Krise zur Hochkonjunktur und umgekehrt minder plötzlich eintritt. In Orten mit einer kleineren Zahl von Berufsausgehörigen fließt die Arbeitslosigkeit viel ruhiger und gleichmäßiger dahin als anderwärts. Die Krisenwirkung ist also hier eine leichtere, d. h. erträglichere.

Wenn wir nun hier zunächst die finanztechnische Seite der Krisenwirkung außer Betracht lassen und uns mit der Mitgliederbewegung befassen, dann sind die Folgen des Niederganges für unseren Verband im ganzen solche, daß sie ertragen werden können. Schauen wir dagegen auf die Wirkungen zurück, die die Krise auf den Bestand unserer übrigen deutschen

Gewerkschaften ausgeübt hat, so ist hier wiederum die alte Tatsache zu registrieren, daß die Zeit der wirtschaftlichen Krise keine besonders gut geeignete ist, die Zahl der Mitglieder in den Gewerkschaften zu erhöhen. Andererseits wird man stets in guten Geschäftsperioden die Wahrscheinung machen, daß diese Zeit für den Gewinn neuer Mitglieder ganz besonders günstig ist. Eine der Hauptursachen dieser sich wiederholenden Erscheinung ist, daß bei guter Geschäftskonjunktur eine Reihe gelernter Arbeiter, die während der flauen Zeit in der verschiedensten Weise als sogenannte ungelernete Arbeiter beschäftigt waren, wieder zum erlernten Beruf zurückkehren und auf diese Weise die Reihen in ihrer Berufsorganisation verstärken helfen. Die Berufsorganisationen sind aber auch heute noch die Träger der Gewerkschaftsbewegung, d. h. wenn wir hierzu auch die Industrieverbände rechnen, in denen die Mehrheit der Mitglieder ja auch erlernten Berufen angehört. Hinzu kommt nun noch bei gutem Geschäftsgange der frischere Zug, der die Reihen der Arbeitererschaft durchweicht und für die Agitation und Gewinnung neuer Mitglieder guten Nährboden bietet. Während der Wirtschaftskrise wird man insbesondere beobachten, daß ein großer Teil gelernter Arbeiter notgedrungen den erlernten Beruf verläßt und jede sich anbietende Arbeit zu verrichten sucht. Die Folge ist, daß die Gewerkschaft nunmehr voll auf zu tun hat, ihren numerischen Mitgliederstand nur zu halten. Gewiß, durch tüchtige Agitation läßt sich schließlich auch in schlechter Zeit der Abgang von der Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder ausgleichen und der Bestand sogar erhöhen, aber diese Erhöhung wird nie auch nur annähernd die Zahl erreichen, die sich bei guter Konjunktur mit viel leichteren Kräfteaufwand erreichen läßt.

Unser Buchbinderverband ist nun in der glücklichen Lage gewesen, trotz der ungünstigen Wirtschaftslage seinen Bestand an Mitgliedern nicht unbedeutend erhöht zu haben. Zur Zeit der Tagung des Nürnberger Verbandstages zählte er (am Schluß des 2. Quartals 1907) 20 624 Mitglieder. Seit dieser Zeit ist seine Mitgliederzahl trotz der Krise nicht wieder unter diese Zahl heruntergesunken. Sie ist im Gegenteil immer mehr gestiegen und am Jahreschluß 1907 sind bereits mehr denn 22 000 Mitglieder vorhanden gewesen. Auch im Jahre 1908 hat die Steigerung angehalten, so daß am Schluß dieses Jahres 22 317 Mitglieder gemustert werden konnten. Und was das Wüten des Niederganges in den ersten anderthalb Jahren seines Daseins nicht vermochte, das ist ihm auch 1909 nicht gelungen. Mit Abschluß des Jahres 1909 hat unser Verband eine Mitgliederzahl erreicht, wie nie zuvor: 23 000 sind über-  
schritten.

Worin liegt dieser doch ohne allen Zweifel gute Erfolg? Unseres Erachtens neben unserem ausgeübten Unterhaltungsweisen in der fleißigen Agitation, die unsere Mitglieder getrieben haben. Außerdem spielten die Streiks und Aussperrungen, in die unser Verband verwickelt wurde, — man denke z. B. an Annaberg-Buchholz, Forzheim u. a. m. — eine gute Rolle, um unsere Mitgliederzahl in diesen Orten zu heben. Und bis zum kommenden Verbandstag werden Plauen und vor allem Bayern mit Nürnberg-Gürth dafür sorgen, daß die Mitgliederzunahme in unserem Verbands auch weiterhin eine außergewöhnliche bleibe, eine außergewöhnliche in-

sofern, als das erste und zweite Quartal die Mitgliederzahlen in der Regel stagnieren läßt oder sie vermindert — was allerdings durch vermehrte Zunahme in den anderen Quartalen wieder ausgeglichen wird — sowie im Hinblick auf die noch immer ungünstige Arbeits- und Wirtschaftslage überhaupt. Wenn hier einige unserer Zahlstellen namentlich angeführt sind, so nur deshalb, weil bei diesen äußere, allen sichtbare und jedem verständliche besondere Ursachen einer guten Mitgliederzunahme vorlagen. Unsere anderen Zahlstellen, von denen manche sehr schöne Fortschritte aufweisen können, sollen damit keineswegs eine Zurücksetzung erfahren.

So erfreulich es nun einerseits für uns sein muß, zu sehen, daß der wirtschaftliche Niedergang keinerlei Gewalt über die Entwicklung unseres Verbandes hatte, so muß doch andererseits ausgesprochen werden, daß die Fortschritte unbedingt besser werden müssen. Und es ist aller Grund vorhanden, das auszusprechen. Die Berufszählung vom 12. Juni 1907 hat ergeben, daß im ganzen Reich in den Buchbindereien 73 389 Personen vorhanden sind, die organisiert gehören. In den Kartonnagenbetrieben wurden 84 778 Personen gezählt. In diesen beiden Branchen sind also 108 167 Personen beschäftigt, von denen erst ein verhältnismäßig kleiner Teil organisiert ist. Diese 73 389 Personen der Buchbinderei rekrutieren sich aus 46 284 männlichen (darunter 7316 unter 16 Jahren), 27 105 weiblichen (darunter 3645 verheiratete) Personen. Die Statistik verzeichnet leider die Anzahl der jugendlichen weiblichen Personen nicht. Die 34 778 Personen der Kartonnagenbetriebe setzen sich zusammen aus 16 378 männlichen (darunter 5430 jugendliche unter 16 Jahren) und 18 400 weiblichen Personen (davon sind 2334 verheiratete). Nun ist ja schließlich für einen Teil der gezählten Personen unser Verband nicht zuständig, aber die Tatsache wird davon nicht berührt, daß es für uns noch ganz außerordentlich viel zu tun gibt, ehe wir mit tatsächlicher Befriedigung auf unseren Erfolgen ausruhen können. Bereits anlässlich der Vespredung der Jahresberichte einiger der letzten — also Krisen- — Jahre wurde betont, daß unsere Organisation nichts gemein habe mit sprunghaftem Vorwärtsschellen, daß diese vielmehr sich durch ruhige und sichere Vorwärtsbewegung auszeichnen. Das ist an sich richtig. Aber wenn man die Zahlen ansieht, die die Berufszählung ergeben hat, da muß man denn doch sagen, daß es dringend notwendig ist, daß wir weitere und vor allem größere Fortschritte machen. Das wird eine der ersten Aufgaben des Verbandstages mit sein, nach Mitteln und Wegen zu suchen, auf welche Art das zu geschehen hat.

Gewiß, der Verband ist auch seither nicht untätig gewesen. Er hat teilweise durch seine Mitglieder ganz außerordentliche Anstrengungen gemacht, die hier von mehr, dort von weniger Erfolg begleitet waren. Durch Wort und Schrift hat er auf die indifferente Masse einzuwirken gesucht, durch Hausagitation und Versammlungen hat er seine Ideen in weitere Kreise getragen. Und der Erfolg? Er zeigte sich darin, daß trotz Krise und damit verbundener teilweise erschreckend großer Arbeitslosigkeit neue Kreise für ihn gewonnen wurden. Aber diese Kreise sind nicht groß und nicht weit genug und Mittel und Wege müssen gefunden werden, die anders werden zu lassen. Die große Zahl der organisationsfremden Personen müssen und dazu an-

spornen. Da werden immer wieder die altbewährten Systeme der Hausagitation und Flugblattverbreitung, des Auffuchens der Indifferenten im eigenen Heim und unter Umständen der Bearbeitung der Familienangehörigen aufgegriffen werden. Gewiß werden auch Kongresse, Branchenkonferenzen usw. in Vorschlag kommen. Wir wollen solchen nun keineswegs eine gewisse ihnen immenohnehende Agitationskraft absprechen, aber das Allweilmittel in ihnen zu suchen, das vermögen wir nicht, und die Erfahrungen, die auch andere Organisationen mit solchen Konferenzen gemacht haben, berechtigen sehr wohl zu einer gewissen Skepsis. Immerhin, man wird sie mit in Erwägung ziehen müssen.

Weit wichtiger dünkt uns die fortgesetzte Beunruhigung der großen indifferenten Masse durch periodisches Ueberfluten derselben durch Druckschriften, Agitationsbroschüren, Flugblätter und dergleichen. Weit wichtiger auch ist die mündliche, persönliche, sich regelmäßig wiederholende Bearbeitung des einzelnen. Und hier hat der Verbandstag einzusehen: er muß System in die Agitation bringen. Daran hat es seither gefehlt. Wohl wurde bald hier, bald da eine umfangreiche, Geld, Zeit und Arbeitskräfte erfordernde Agitation bewerkstelligt und zwar zumeist nur dann, wenn besondere äußere Umstände ein geeignetes Ohr beim indifferenten Kollegen erwarten ließen. War dieser äußere Anlaß verschwunden, dann ließ auch die Agitation und die Bearbeitung des einzelnen durch den einzelnen nach. Das darf nicht sein und wir wiederholen: Die Agitation muß in Zukunft systematischer betrieben werden. Gewiß kostet auch das außerordentliche Opfer an Geld, Zeit und Arbeitskräften, aber wir zweifeln nicht daran, daß sich das alles findet. Wir gehen der aufsteigenden Konjunktur entgegen, vielerorts werden die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder verbessert werden, die Lust zur Arbeit für die Organisation wird dadurch gestärkt und gehoben und wenn sie dann erkennen, daß sie selbst nur Vorteile davon haben, dann werden unsere Mitglieder mit Lust und Liebe, mit einem Feuerzifer sich überall da zur Organisationsarbeit einstellen, wo sie gerufen werden. Und daß das überall geschieht, dafür sollte unser kommender Verbandstag durch seine Beschlüsse sorgen. Also:

**Mehr systematische Agitation!**

## Der Schutzverband für das Steindruckgewerbe auf dem Rückzuge.

Die Bewegung im Steindruckgewerbe, die durch die Provokationen des Schutzverbandes einen Niesenkampf der drei beteiligten Organisationen der Steindrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder in aller nächste Nähe gerückt hatte, ist mit einem vollen Erfolg der Arbeiterorganisationen beendet worden, noch ehe der Kampf im vollen Umfange entbrannt war: Der Schutzverband sah sich infolge der entschlossenen Haltung der Arbeitererschaft gezwungen, seine „Zuchthausordnung“ zurückzuziehen.

Am Abend des 17. Februar waren die Vertreter der drei Organisationen wiederum zu Verhandlungen mit dem Schutzverband geladen. In dieser Sitzung gab der Ausschuß des Schutzverbandes folgende Erklärung ab:

„Die unterzeichneten Vertreter des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer geben hiermit folgendes zu Protokoll:

Der Ausschuß des Schutzverbandes hat heute beschlossen, die strittige Arbeitsordnung des Schutzverbandes zurückzuziehen, und an deren Stelle die alten Arbeitsordnungen, ergänzt durch die in Folge der Gewerbegerichts-Novelle notwendigen Änderungen zur Wiedereinführung zu bringen.“

17. Februar 1910.

R. Wundsch. Dr. Hagelberg. E. Heymann.  
Dr. Wagner.

Der Schutzverband, der seit der Aussperrung der Steindrucker im Jahre 1906 sich für allmächtig hielt, hat damit zugegeben, daß er gegen die feste Geschlossenheit der Arbeiter nichts auszurichten vermag. Er mußte sich geschlagen bekennen und das Kampfojekt, die berichtigte Arbeitsordnung, zurückziehen. Infolgedessen konnten auch die Vertreter der Arbeiter nachstehende Erklärung abgeben:

„Die unterzeichneten Vertreter des Senefelderbundes erklären die Regelung der täglichen Arbeitszeit von 9 bezw. 8 Stunden für Steindrucker und Lithographen, wie sie in den Abmachungen von 1906 zwischen dem Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer und dem Senefelderbund vereinbart worden sind, für bindend. In Anbetracht der durch die Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle hervorgerufenen besonderen Umstände erklären die unterzeichneten Vertreter der Arbeiterverbände, dafür einzutreten:

1. daß gegen die zur Einholung der am Samstag sowie an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage in der strittigen Arbeitsordnung oder in einem Nachtrag bereits getroffenen Bestimmungen sowie gegen die tatsächlich bereits erfolgte Einholung der Arbeitszeit irgendwelche Schwierigkeiten nicht gemacht werden;

2. daß in den beteiligten Betrieben des Schutzverbandes die früheren normalen Arbeitsverhältnisse wieder eintreten.

Diese Vereinbarungen treten unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften über das Inkrafttreten der Arbeitsordnung sofort in Wirkung.“

Berlin, 17. Februar 1910.

Für den Senefelderbund: Sillier, Lange.

Für den Buchbinderverband: Kloth.

Für den Hilfsarbeiterverband: Bucher.

Damit ist eine Bewegung von sehr weittragender Bedeutung für sämtliche graphischen Berufsgruppen zu einem würdigen Abschluß gelangt. Der sich vordem allmächtig dünkende Schutzverband hat dem Ansturm der Arbeiterbataillone Schritt für Schritt zurückweichen müssen. Erst hat er — der keinerlei Abmachungen mit den Arbeiterorganisationen treffen wollte — in München zusehen müssen, wie dort unter der Leitung des Gewerbegerichts Vereinbarungen zustande kamen, nachdem die Arbeiter mit ihren Forderungen Ernst machten.

Die Berichte der Fachpresse sowohl als auch viele Tageszeitungen gaben an, daß die Arbeitererschaft unfinnige und übertriebene Forderungen gestellt hätte. Das ist nicht wahr. Es waren vielmehr Unternehmer, die eine tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen wünschten. Die Prinzipale, und zwar Schutzverbandsmitglieder, stellten das Verlangen, es möge eine Vorlage für einen Vertagsabschluß mit den Lithographen, Steindruckern, Buchbindern und dem Hilfspersonal vorgelegt werden. Und es wurde den einzelnen Organisationsvertretungen in sichere Aussicht gestellt, daß eine friedliche Einigung zwischen Prinzipalen und Personal herbeigeführt werden soll. Dies war um so eher möglich, weil es sich um Neuforderungen der Arbeiter gar nicht handelte, es sollten lediglich die bestehenden Verhältnisse vertraglich festgelegt werden. Natürlich kam die Arbeitererschaft dem Verlangen der Unternehmer ohne Zögern nach und der gewerkschaftliche Friede schien für München gesichert zu sein. Das aber konnte die Zentralleitung des Schutzverbandes nicht dulden. Hier mußte störend dazwischen getreten werden, sonst wäre ja seine provokatorische Tradition in Gefahr, durchbrochen zu werden. Zwei Außenseiter unter den Münchener Steindruckereibesitzern, Direktor Meyer von der Kunstanstalt „Graphia“ und der Besitzer der Firma Müller, denunzierten über den Kopf ihrer örtlichen Leitung hinweg die Absichten ihrer friedliebenden Kollegen beim Hauptvorstand des Schutzverbandes in Berlin und dieser tat nun seine Schuldigkeit. Als der Vorsitzende der Münchener Sektion des Schutzverbandes fest blieb und auf die Wünsche Dr. Gerschels nicht einging, kam letzterer mit seinem Generalstab nach München. Erst nach vieritägigem Bearbeiten gelang es, die Münchener Prinzipale von ihrem friedlichen Vorhaben abzubringen und sie zum Wortbruch gegenüber der Arbeitererschaft zu bewegen. Die Folge war die Arbeitsniederlegung des Personals einiger Betriebe, bis der Arbeitsvertrag dann endlich zur Annahme kam, wie in Nr. 8 der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet ist.

Und nun hat es auch in der Hochburg des Schutzverbandes für das Steindruckgewerbe — Nürnberg — die Arbeitererschaft durch zähen

Widerstand fertig gebracht, die drohende Gefahr, welche die Zuchthausordnung gebracht hätte, glänzend abzuwehren. Auch an dieser Stelle sei betont: „Die Disziplin der Berufsangehörigen des graphischen Gewerbes war eine vorzüglich.“ Sieben volle Wochen haben sich unsere Kollegen und Kolleginnen unter passiver Resistenz in den Betrieben gehalten, treu der Parole ihrer Leitung folgend und dadurch das mächtige Unternehmertum zur Kapitulation gezwungen. Die Arbeitsordnung, die geeignet war, unsere Berufsangehörigen im wahren Sinne des Wortes zu Sklaven zu erniedrigen, ist im Ortus verschwunden. Das Attribut auf die Bewegungsfreiheit der in Frage kommenden Arbeiterkategorien hat agitatorisch ganz vorzüglich gewirkt. Die Massen wurden gründlich aufgewühlt, haben doch sämtliche drei Verbände an Mitgliedern ganz erheblich gewonnen. So zählt unsere Zahlstelle Nürnberg-Fürth jetzt mehr denn 900 Mitglieder und es dürfte nunmehr in kurzer Zeit 1000 erreicht sein. In dieser Beziehung hat die Zuchthausordnung das Gegenteil von dem gebracht, was die Macher derselben wollten, es war die Macht, die das Böse will und doch das Gute schafft!

Unsere Mitglieder aber werden die richtigen Lehren aus dieser Bewegung ziehen. Sie haben gesehen, daß die Allmacht des Schutzverbandes versagt, wenn sie ernstlich Widerstand leisten. Darum sehe jeder einzelne seine Pflicht darin, die Bankelmtüigen aufzurichten, Fahnenflüchtige darauf aufmerksam zu machen, daß sie durch Abfall von der Organisation sich selbst am meisten schädigen. Sie machen es unmöglich, in naher Zeit die miserablen Löhne in die Höhe zu bringen. Die Zuchthausordnung ist beseitigt. Betrachtet diesen Erfolg als Abschlagszahlung, agitiert mit neuem Feuer ruhig weiter, unsere jetzige Parole muß lauten: „Mehr Lohn“, ein menschenwürdiges Dasein für alle Berufsangehörigen des „graphischen Gewerbes“! — Auf zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!

Aus Nürnberg-Fürth wird uns noch berichtet: In zwei großen Versammlungen am Freitag, den 18. und Sonnabend, den 19. Februar erstatteten die Zentralvorstände Sillier, Kloth und Bucher Bericht über die mit dem Schutzverband im deutschen Steindruckgewerbe gepflogenen Schlussverhandlungen. Die Versammlung in Nürnberg war überfüllt und mußte eine größere Anzahl der Besucher außerhalb der Zentralsäle Posten fassen. Sillier als erster Redner gab einen kurzen Rückblick auf die gesamte Bewegung, beleuchtete klar und deutlich das Verhalten des Schutzverbandes als Friedensstörer. Kloth und Bucher ergänzten diese Ausführungen, indem auch sie hauptsächlich mit dem Schutzverband scharf ins Gericht gingen, gleichzeitig aber auch eindringlich darauf hinwiesen, daß die drei Berufsgruppen so geschlossen und einig für alle Zeiten bleiben müssen wie gegenwärtig. Ja noch mehr! Es darf nicht genügen mit dem jetzt erreichten Erfolg, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bedürfen einer halbigen durchgreifenden Verbesserung. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin den zuständigen Organisationen zugeführt werden. Je eher — desto besser! — Die Referate wurden mit stürmischem Beifall entgegengenommen.

Auch die Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß mit dem Zurückziehen der Arbeitsordnung durch den Schutzverband das Hauptkampfojekt aus der Welt geschafft sei, dank der Stärke und Geschlossenheit der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die hinter den Zentralvorständen stehen. Das Nachholen der halben bezw. ganzen Stunde wäre eines Niesenkampfes nicht wert. Wenn man einen Kampf auf der ganzen Linie wagen soll, so muß damit eine weitgehende Verbesserung, hauptsächlich der erbärmlichen Löhne, erzwungen werden können. Das Resultat der Schlussverhandlungen ist oben mitgeteilt.

In beiden Versammlungen wurde folgende Resolution mit großer Majorität angenommen:

„Die Versammlung beschließt unter Berücksichtigung dessen, daß der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer dem Abschluß eines Tarifs in München zugestimmt und die den gewerkschaftlichen Frieden gefährdende Normalarbeitsordnung zu-

rückgezogen hat, die Zurücknahme der Kündigung und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse.

Die Versammlung erwartet aber von den Arbeitgebern, daß sie etwaige Wünsche der Arbeiter in bezug auf die Abänderungen einzelner besonders scharfer Bestimmungen in den alten Arbeitsordnungen gelegentlich berücksichtigen.

Die Versammelten erheben aus diesen Vorkommnissen neuerdings die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen und versprechen, mit allen Kräften für die Stärkung und den Ausbau ihrer Organisationen einzutreten.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

### Arm, entrechtet und verachtet.

X. Der Wahlgesekzentwurf der preussischen Regierung verweigert dem preussischen Volke das gleiche und geheime Wahlrecht. Die Wahl soll eine öffentliche bleiben und die Wähler sollen je nach ihrer Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt werden, deren jede den gleichen Einfluß auf das Wahlergebnis haben soll. An dieser Klasseneinteilung und der Offenheit der Wahl will die Regierung unter allen Umständen festhalten, wie Herr v. Nolke im preussischen Abgeordnetenhaus verkündete. In der Kommission, der die Vorlage zur Beratung überwiesen ist, hat sich bereits eine Mehrheit für die geheime Wahl gefunden: mit 15 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts angenommen. Ob die Regierung in diesem Punkte nachgeben wird, steht vorläufig dahin. Wahrscheinlich ist, daß das preussische Herrenhaus die geheime Wahl ablehnt und daß schon zwischen den beiden Landtagen eine Einigung nicht zustande kommt. Dann wird die Vorlage schon an dieser Stelle scheitern, was im Interesse einer möglichst Ausdehnung der Wahlrechtsbewegung für ein wirklich vollstümliches Wahlrecht sicherlich zu begrüßen ist.

Ein vollstümliches Wahlrecht auf der Grundlage von Klassenwahlen ist undenkbar. Diese Klasseneinteilung involviert nicht allein die Entrechtung der Minderbestehenden, sondern liefert sie zugleich der Verachtung aus. Es ist das natürliche Ergebnis jeder Klasseneinteilung, daß sie Bevorrechtete und Unterdrückte, Ehrenmänner und Pöbel schafft. Die Ehrenmänner, denen nach dem Wahlrechtsektentwurf der maßgebende Einfluß im Landtage gesichert bleiben soll, das sind ganze 204 000 erstklassige Wähler, die zum Grundbesitz und zur Hochfinanz gehören. Der Pöbel, — „das Helotenrum“, wie Reichherr v. Mirbach im „Tag“ schreibt, das „nach wie vor von der Mitwirkung an den Geschicken des Staates ausgeschlossen bleiben“ soll, — das sind 6 338 000 Wähler der 3. Klasse, — alles Männer, die das Staatsverbrechen begangen haben, nichts zu besitzen und nur von ihrer Hände Arbeit zu leben. Dafür werden sie als Staatsbürger entrechtet, als Wähler dritter Klasse festgesetzt. Denn den Ausschlag geben bei der Wahl die Wähler zweiter Klasse, — die Wohlhabenden, die es schon zu etwas gebracht haben, die Leute des kleinen Besitzes und der gesicherten Lebenslage. Rund eine Million (1 068 000) Wähler gehörten nach der preussischen Wahlstatistik der zweiten Wählerklasse an. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen reicht aus, um vereint mit den erstklassigen Wählern die ganze dritte Wählerklasse mundtot zu machen. Reichlich 800 000 Wähler können die übrigen knapp 6,9 Millionen überstimmen und damit jedes politische Einflusses berauben. Das sind die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts. 3,81 Proz. erstklassige Wähler und 13,87 Proz. Wähler zweiter Klasse haben den doppelten Einfluß, als die 82,32 Proz. Wähler dritter Klasse. Neun Zehntel aller Wähler werden politisch ausgeschaltet, wenn das eine Zehntel der Reichsten und Wohlhabenden sich einig ist, den anderen die Tür der Gesetzgebung zu verschließen. Und wenn es auch hier und da gelungen ist, die Brücke zwischen der zweiten und der dritten Wählerklasse zu schlagen — auf diese Weise wurde es schließlich sogar ermöglicht, 7 Sozialdemokraten zu wählen —, so konnte dies doch nur ganz ausnahmsweise und unter selten günstigen Voraussetzungen erreicht werden. Wäh-

rend die Konserbativen ihrer Stimmengahl entsprechend nur 82 Mandate erhalten durften, hat ihnen dieses Klassenwahlrecht 212 und dem Zentrum statt 89 deren 104 zugeschanzt; die Sozialdemokratie hätte gemäß ihrer Stimmengahl Anspruch auf 127 Mandate gehabt, — sie wurde mit 7 tatsächlich ausgeschaltet, und eines dieser Mandate wurde ihr obendrein durch einen Akt schäblicher Mandatsräuberei im Landtage aberkannt. Den Konservativen fehlen, dank diesem Wahlrecht, nur fünf Stimmen an der absoluten Majorität im Abgeordnetenhaus, die sie in den meisten Fällen leichterhand von den Antisemiten, vom Bund der Landwirte und von den Adeligen des Zentrums erlangen. Den Gegnern des jetzigen Wahlrechtsektentwurfs hätten nach ihrer Stimmengahl 327 von 433 Mandaten gebührt; in Wirklichkeit erhielten sie nur 217 Mandate, — 1 mehr als die Konservativen, Antisemiten und der Bund der Landwirte. So hat dieses Klassenwahlrecht also bewirkt, die wahre Stimmung des Volkes künstlich zu fälschen und Millionen von Staatsbürgern mundtot zu machen.

Wer aber sind diese Entrechteten, — diese Verachteten, die Heloten, die der Regierung zu staatsgefährlich dünken, um sie im Staatswesen als gleichberechtigt mitarbeiten zu lassen? Es sind die großen Massen der Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande, in Industrie, Handel und Handwerk, im Bergbau, im Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, die Arbeiter, die den bevorrechteten Klassen ihren Reichtum erst erarbeitet haben, der dazu ausreicht ist, die Schöpfer dieses Reichtums zu unterdrücken. In welcher enormer Weise diese Reichtumsvermehrung vor sich geht, konnte der Abgeordnete Ströbel im Landtage an der Hand der Statistik der Ergänzungssteuer nachweisen. In Preußen versteuern 1 1/2 Millionen Jeniten ein Gesamtvermögen von 91 Milliarden Mark. Davon entfiel auf 144 000 Jeniten (knapp 10 Proz.) ein Vermögen von 55 Milliarden (80 Proz.), auf weitere 156 000 Jeniten (10 Proz.) ein Vermögen von 12 Milliarden (13,1 Prozent) und auf den Rest von 1,2 Millionen Jeniten (80 Proz.) ein Vermögen von 24 Milliarden (26,8 Proz.). Auf jeden der Reichsten entfällt durchschnittlich ein Vermögen von 382 000 M., auf jeden der 77 000 M. und auf jeden der kleineren Jeniten ein solches von 20 000 M. Man nennt die letzteren den wohlhabenden Mittelstand. Wie wenig er gegen die Reichen und Reichsten auszurichten vermag, zeigt die Tatsache, daß er nur etwa 1/4 des versteuerten Vermögens repräsentiert. Die Millionäre stellen die eigentliche Vormacht in Preußen dar, und diese Vormacht ist von unheimlich wachsendem Einflusse, denn das Vermögen der Millionäre stieg seit 1895 von 13,6 auf 22,6 Milliarden Mark. Jeder einzelne Millionär hat in dieser Zeit sein Vermögen um durchschnittlich 1 Million Mark erhöht.

Woher stammen diese Millionen? Haben diese Leute das Heidegeld etwa selbst erarbeitet? Nein, es stammt von der Arbeit des heillosen Volkes, — aus dem Schweiß der Arbeiterklasse, aus den Entbehrungen der Armen und Vermitteln ist es gemünzt. Millionen von Arbeitern müssen sich im Dienste der Junker und Industriebesitzer, der Grundbesitzer und Necker mühen, unter der Bürde ihrer Arbeit zusammenbrechend, um dabei kaum des Lebens Nahrung und Notdurft zu verdienen. Millionen müssen ihre Frauen und Töchter, ihre unerwachsenen Kinder in die gleiche Treitmühle schicken, und noch immer reicht der Verdienst kaum zur nackten Lebensfristung. Millionen dieser Vermitteln müssen sich in den schmuckigsten Arbeiterquartieren der Vorstädte und Industrieörter, in den elendesten Katen und Baracken zusammenpferchen lassen, ohne imstande zu sein, ihren Kindern ein Stückchen Natur, ein bißchen Luft und Sonnenchein zu gönnen. Und Millionen dieser Armen und Elenden hat man lieber das wenige Brot und Fleisch, den Schluck Tee oder Kaffee, und schließlich selbst das letzte Zündholz versteuert, als daß man wagte, die Besitzenden zu höherer Erbschaftsteuer heranzuziehen.

Und nun der Dank für dieses mühselige und entbehrungsreiche Leben? Man wirft diese mühseligsten aller Staatsbürger, sie, die alle Werte schaffen, ohne deren Arbeit kein Staatswesen be-

stehen könnte, zu den Heloten. Verachtet und entrechtet, das ist ihr Los, — das ist der Lohn für ihre Arbeit. Aber sie sind nicht die einzigen, die zur höheren Ehre der Besitzenden entrechtet werden. Hunderttausende von Kleingewerbetreibenden, Handwerkern, Kleinbauern und Angestellten müssen ihr Schicksal teilen. Das mag sie trösten, wenn es ihr Trost ist. Denn alles, was nichts befeht, ist von vornherein politisch verdächtig und daher unwürdig. Willkür des Staatswesens zu sein, das auch sie miterhalten müssen. Wie hat man nicht den kleinen Mittelstand in Wort und Schrift als staatserkhaltenden Faktor gefeiert! Das Klassenwahlrecht der Regierung zeigt den wahren Wert dieser Phrasen: es wirft den kleinen Mittelstand zu den „Heloten“. Selbst öffentlich darf er nicht in den bevorrechteten Klassen seine Stimme abgeben.

Die Ausnahmen, die der Wahlrechtsektentwurf für diese Klassenteilung durch Emporhebung gewisser Wählerschichten vorsieht, ändern wenig am Stande der Dinge. Schon heute fehlt es so gut wie fest, daß das vorgezeichnete Einjährig-, Militärarbeits- und Reservoffizierprivileg keine Mehrheit im Landtage finden wird, weil bei diesen Schichten staatliche Verdienste und Belohnung in gar zu freiem Verhältnis stehen würden. Jede Emporhebung aber, die die wirklichen Verdienste um Staat und Volkswohlfahrt berücksichtigt, würde unabhängige und freigesinnte Männer in die höheren Klassen bringen, die die Regierung für ihre Zwecke nicht brauchen kann. Jedes Pluralwahlrecht, wie immer es auch gestaltet sei, scheitert an dieser „Unzuverlässigkeit“ für die Zwecke der Reaktion!

So zeigt sich, daß eine Reform des Dreiklassenwahlrechts ohne Beseitigung der Klasseneinteilung unmöglich ist. Keine geheime oder direkte Wahl und keine noch so gekünstelte Wählerverchiebung kann die brutale Ungerechtigkeit der Deklassierung ganzer Wählermehrheiten überwinden. Die Entrechtung bleibt im Prinzip wie in der Wirkung ganz dieselbe, gleichviel, ob ein Zehntel oder ob zwei Zehntel der Wähler die übrigen überstimmen. Und weil die Wirkung die gleiche bleibt, deshalb wird eine Reform, die die Klassenwahlen nicht beseitigt, auf die Stimmung der Massen des Volkes nicht den mindesten Einfluß haben.

Es ist eine Torheit, zu glauben, das preussische Volk werde sich beruhigen, wenn 10 Proz. seiner Wähler durch ein raffiniertes Auslesesystem zu zweitklassigen Staatsbürgern befördert werden. Gerade dies wird die Inzufriedenheit steigern, am meisten bei denen, die den Befördererten an wirklicher Bildung und wirklichen Verdiensten gleichkommen oder überlegen sind, denen aber durch diese künstliche Scheidung die Zurücksetzung und Deklassierung um so fühlbarer gemacht wird. Was als Milderung des Klassensystems auserselben war, wirkt tatsächlich als aufreizende Verschärfung desselben. Es gibt nur einen Weg, mit diesen Wirkungen aufzuräumen, — das ist die völlige Beseitigung jeder Klasseneinteilung, die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts, bei dem der Mann ohne Ansehen der Person gilt, — nicht aber der Selbsttat, den er auf mehr oder weniger realistische Weise erworben hat.

Die Kommission des Landtags hat das gleiche Wahlrecht mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt; 2 Nationalliberale erklärten nachträglich, sie würden ebenfalls gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben. Diese Ablehnung zeigt, wie wenig vom gegenwärtigen Landtag ein gerechtes Wahlrecht zu erwarten ist. Eine solche Haltung der ausschlaggebenden Landtagsparteien kann nur von verhängnisvollem Einflusse auf die preussische Wahlrechtsbewegung sein. Sie muß das Volk an der Möglichkeit, eine parlamentarische Lösung der Wahlrechtsfrage zu finden, verzweifeln lassen und zu Ausbrüchen der politischen Leidenschaft treiben, die sich nur schwer zügeln lassen. Es kann daher nicht laut und entschieden genug auf das große Maß von Verantwortung hingewiesen werden, das die Parteien auf sich nehmen, die sich so leichtem Sinnes über die Forderung eines gleichen Wahlrechts hinwegsetzen. Keine Reform wird Ruhe im Lande schaffen, die noch die alte Klasseneinteilung in irgendeiner Form enthält. Die Wahlrechtsbewegung wird an Umfang und Leidenschaftlichkeit rapid zunehmen, sie wird die

schwersten Krisen für das gesamte Staatsleben heraufbeschwören, so lange nicht die Fundamentalforderung eines gerechten Staatswesens erfüllt ist, ein gleiches Staatsrecht für alle Staatsbürger!

## Jahresbericht vom Gau 1.

Die nachfolgenden Betrachtungen über das verfloßene Jahr müßten eigentlich in recht zufriedenen, vollen Tönen ausklingen, denn den Aufgaben, die dem Gauvorstand gestellt waren, ist dieser nach seinem besten Können gerecht geworden. Es sind weder Mühen noch Mittel gescheut, welche zur Ausbreitung und Förderung der Organisation geboten erschienen. Der Ansturm von Arbeit istchen jedoch Enttäuschungen gegenüber, welche wohl geeignet wären, alle Hoffnungen aufzugeben, welche darauf hinauszielen, in allen Winkeln unseres Gauces das Banner der Organisation aufzupflanzen und ihm Geltung zu verschaffen. War es uns hier und da geglückt, die Saat der Organisation auszustreuen, und freuten wir uns schon der Ernte, so kam ein rauher Herbststurm und berrichtete die Früchte mühevoller Arbeit. Natürlich darf es trotz alledem kein Ruhen und Masten geben. Es wird uns dies nur erneut anspornen, den steinigern Boden weiter zu beackern, hoffend auf die Erkenntnis der uns noch fernstehenden Berufsangehörigen, daß die Organisation der Fels ist, auf den die Zukunft der Arbeiter gebaut ist, und in der Zubericht auf den endlichen Sieg.

Gleich zu Anfang des Jahres nahm der Gauvorstand die im Vorjahr begonnenen Arbeiten der Berufsstatistik in die Hand. Auch hier zeigte es sich, daß so viele Kollegen der geringen Mühe sich nur schwer unterzogen. Sie fanden uns die Fragebogen erst auf wiederholtes Mahnen und oft auch dann noch mangelhaft ausgefüllt zurück. Auf die Statistik selbst glauben wir nicht ausführlich eingehen zu brauchen. Wir verweisen hierbei auf die Nummern 30, 31 und 32 des vorigen Jahres der „Buchbinder-Zeitung“, in denen die Veröffentlichung erfolgte. Nur einzelnes sei hier herabgehoben. Von 130 befragten Orten (Berlin ist nicht befragt) konnten nur 58 der statistischen Bearbeitung unterzogen werden. Diese ergab, daß in unserem Gau vorherrschend Kleinbetriebe vorhanden sind, woraus hervorgeht, daß unsere Berufsangehörigen sehr verstreut sind, was die Agitation unter denselben sehr erschwert. Für in Ludenwalde, Rathenow, Rottbus, und allenfalls Brandenburg und Neudamm sind größere Betriebe anzutreffen. Von 307 gezählten Betrieben beschäftigten nur 217 Personal. In diesen 217 Betrieben sind 554 Arbeiter, 847 Arbeiterinnen und 58 Hilfsarbeiter beschäftigt. Außerdem kommen noch 300—500 Heimarbeiter bzw. Arbeiterinnen in Betracht. Organisiert sind von den Arbeitern 283 = 24 Proz., von den Arbeiterinnen 146 = 17 Proz., und von den Hilfsarbeitern 7 = 12 Proz. Die Organisationsverhältnisse der Heimarbeiter sind sehr mangelhaft. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8—12 Stunden. Vorherrschend ist die 9½stündige Arbeitszeit. Die kürzeste Arbeitszeit wurde in Rottbus, die längste in Forst angetroffen. Arbeitszeiten von 11 Stunden fanden wir in Landsberg, Neudamm, Havelberg, Luckau, Spremberg, Velten und Rottbus.

Die Lohnverhältnisse müssen als dürftig bezeichnet werden. 389 Arbeiter arbeiten in Zeitlohn, 110 in Akkord. Von erstere verdienen 85 weniger als 15 Mk. (inkl. 14 beim Meister in Kost und Logis arbeitende Kollegen), 133 bis 20 Mk. und 169 mehr als 20 Mk. Von den Akkordarbeitern verdienen 3 unter 15 Mk., 19 15—20 Mk. und 88 über 20 Mk. pro Woche. Von den 847 gezählten Arbeiterinnen ist der Lohn von nur 346 ermittelt worden. Darunter sind zirka 40 Arbeiterinnen, welche bis 5 Mk. wöchentlich verdienen, 200 welche bis zu 10 Mk. und 100 welche mit über 10 Mk. entlohnt werden. Es ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die große Zahl der nicht ermittelten Löhne das Gesamtbild noch ungünstiger gestalten würde, da erfahrungsgemäß diese niedriger sind und die Angaben daher unterbleiben.

Als besonderes Ereignis ist noch der Goutag zu nennen, welcher am 6. Juni in Rathenow tagte. Hier galt es, Mundschau zu halten und die Waffen für weitere Gewerkschaftsarbeit zu schärfen. Zu erwähnen ist ferner die Gründung eines Gouarbeitsnachweises und die Annahme eines Reglements für die Vertrauenspersonen, in welchem diesen neben ihrer Pflichten auch eine Entschädigung für ihre Mühewaltung ausgesprochen wird. Leider muß bei dieser Gelegenheit einigen Vertrauenspersonen gesagt werden, daß man mit ihrer Arbeit nur wenig zufrieden sein kann. Als nächster Ort für Abhaltung des Goutages wurde Rottbus bestimmt.

Im Laufe des Jahres hatte der Gauvorstand mit 40 Orten Verbindung. Darunter sind 18 Orte, in denen ständig Kollegen beschäftigt waren, während

in den anderen Orten nur vorübergehend Arbeitsgelegenheit ist. Die lebhafteste Korrespondenz, in der wir mit den Mitgliedern standen, wird durch folgende Zahlen bestätigt: An Posteingängen erhielten wir 429 Sendungen, denen 722 Postausgänge (ausschl. der Zeitungen) gegenüberstehen. Zwecks Agitation usw. war der Gauvorstand in 19 Orten tätig, zu wiederholten Malen in Potsdam, da wegen Ablaufs des Tarifcs sich verschiedene Versammlungen notwendig machten. Außerdem fanden in Gemeinschaft mit der Zentralkommission der Kontobucharbeiter in Rottbus Versammlungen statt, um tarifliche Vereinbarungen im nächsten Jahre in die Wege zu leiten.

Wir kämen nun dazu, mit einigen Strichen die Situation der einzelnen hauptsächlichsten Orte zu zeichnen. Dem Jahresbericht der Zahlstelle Berlin, welcher in Broschürenform vor uns liegt, entnehmen wir folgendes: Trotz des noch immer anhaltenden wirtschaftlichen Niederganges erhöhte sich die Mitgliederzahl um 100, so daß dieselbe 6348 betrug. Die ausgezahlten Unterstützungssummen sind enorm gestiegen. Wurden im Jahre 1908 65 684,75 Mk. ausgegeben, so stieg die Summe im Berichtsjahre auf 89 896,45 Mk. Trotz der Krise sind einige Lohnbewegungen geführt worden und haben diese für die Beteiligten Erfolge gebracht. Erstmals Tarifabschlüsse wurden 3 vollzogen und 2 bestehende erneuert. Annähernd 1000 Mitglieder traten dadurch ins Tarifverhältnis. Neben 5 General-fanden 59 Branchenversammlungen statt. Die Funktionäre erlebten ihre Aufgaben in annähernd 600 Sitzungen. Außerdem fanden 192 Verhandlungen und 1273 Berufsbewerksammlungen statt. Zu bemerken ist noch, daß ein weiterer Beamter angestellt wurde, welcher hauptsächlich die Agitation leiten soll, gleichzeitig wurden ihm auch die Gaus 1—4 unterstellt.

In Ludenwalde mit seiner Papierwarenindustrie machte sich die Krise nicht so sehr bemerkbar wie anderswo. Durch Einführung des Kassafertersystems wurden stabilere Verhältnisse geschaffen. In agitatorischer Hinsicht wurden in Anbetracht des diesjährigen Tarifablaufes gute Fortschritte gemacht, so daß anzunehmen ist, daß die Lohnbewegung mit einer vollzählig organisierten Kollegenenschaft geführt werden kann. — In Rathenow blieb seiner bisherigen rührigen Tätigkeit treu. Verschiedene Differenzen mußten mit den Unternehmern geschlichtet werden, welche die schlechte Konjunktur benutzend, ihre Herzensgelüste nur zu oft behaupten wollten. Zwölf Versammlungen, welche hauptsächlich zur Agitation unter den Arbeiterinnen sich nötig machten, fanden statt. Eine Hebung des Mitgliederbestandes, welcher in Höhe von 138 bei 40 Neuaufnahmen gemeldet wird, ist leider nicht eingetreten, trotzdem auch unter den in den umliegenden Dörfern wohnenden Heimarbeitern mannigfaltige Agitation getrieben wurde. — Für Potsdam hieß leider noch immer die Parole: „Niel Lärm um nichts“. Nahezu ¼ des Jahres hatte die Zahlstelle unter persönlichen Reibereien zu leiden. Dem ist es auch neben dem schlechten Geschäftsgange zuzuschreiben, daß die Tarifbewegung verschoben wurde. In 15 Versammlungen, zu welchen der Gauvorstand verschiedentlich Vertreter sandte, wurden die Geschäfte erledigt. Hoffentlich wird durch einsichtige tüchtige Mitarbeit aller das laufende Jahr günstig von seinen letzten beiden Vorgängern abheben, damit die Lohnbewegung mit Erfolg zu Ende geführt werden kann.

Von Rottbus wurde eine Mitgliederzunahme von 50 Proz. gemeldet, so daß nunmehr 64 Organisierte vorhanden sind. Trotz alledem bleibt noch ein großer Teil der Berufsangehörigen unserer Bestrebungen fern, obwohl in bezug auf Höhe der Lebensmittelpreise und auch Wohnungsmieten Rottbus statistisch mit an erster Stelle marschiert. Hier gilt es vor allem, durch Einführung tariflicher Abmachungen stabile Verhältnisse zu schaffen.

Ueber die Zahlstelle Brandenburg läßt sich erfreuliches leider nicht berichten. Immer noch dieselbe große Interesslosigkeit hauptsächlich unter den Arbeiterinnen. Auch unter den Mitgliedern wäre eine regere Anteilnahme an den Versammlungen sehr am Platze. Von zirka 90 Berufsangehörigen, von denen allerdings 80 Proz. weibliche sind, werden 13 als organisiert gemeldet. Daß bei solch ungunstigen Organisationsverhältnissen die gezahlten Löhne zum Teil die denkbar niedrigsten sind, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Wir kämen nun zu den Orten, wo eine Zahlstelle nicht besteht. In den meisten dieser sind nur ein oder zwei von den am Schlusse des Jahres vorhandenen 70 Einzelmitgliedern beschäftigt. Frankfurt steht an erster Stelle. Hier wird durch rührige Agitation mancher Saumselige für den Verband gewonnen, jedoch ist für viele Kollegen Frankfurt kein Durchgangspunkt nach Berlin, und so haben sich stabile Verhältnisse noch nicht entwickeln können. Und doch tut es gerade in Frankfurt not, die Löhne auf eine Höhe zu bringen, welche den heutigen Verhältnissen entspricht. Daher ist treues

Festhalten am Verband und kräftige Unterstützung unseres dortigen Vertrauensmannes von seiten aller Mitglieder erforderlich. In Posen, wo in einem Betriebe meist über 10 Mitglieder tätig sind, ist der Wechsel der Kollegen auch sehr stark. Es hat dies auch seinen Grund in darin, daß die Behandlung usw. durch die auffichtsführenden Organe nicht immer als einwandfrei bezeichnet werden kann. — In Neu-Ruppin ist es noch immer dunkel. Die „alte Garde“ geht jeder Annäherung aus dem Wege und füllt sich wohl bei den herrenden Löhnen von 16 bis 18 Mk. Niederdrückend wirkt ja die hierorts grassierende Gefängnisarbeit und die Annäherung der Firmen Gustav Kühn und Dehmitz u. Niemannscheider, welche keine organisierten Arbeiter beschäftigen wollen. — Von Spremberg ist auch nichts Erfreuliches zu berichten. Der größte Betrieb am Ort (H. Görsch) konnte für uns noch nicht wieder gewonnen werden. Herrn Görsch scheinen übrigens die unangenehmen Folgen des Streiks noch immer in den Gliedern zu liegen, denn er inferiert stets mit der ominösen Bezeichnung „R.-B.“. — In Prenzlau und Eberswalde haben wir mit Erfolg durch Versammlungen agitiert. Hoffentlich werden die jungen Mitglieder tüchtige Förderer der Organisation. — In Finsterwalde sind wohl die Buchbinder organisiert, aber deren Hilfsarbeiter und die Arbeiterinnen, 20 an der Zahl, stehen sämtlich der Organisation fern. Hier ist es hauptsächlich die starke Fluktuation, welche eine erfolgreiche Agitation vereitelt. — In Neudamm wurde auch in diesem Jahr wiederholt versucht, Mitglieder zu werben. Speziell durch eine von zirka 30 Personen besuchte Versammlung glaubten wir endlich einmal Breche geschlagen zu haben. Leider wurde die Freude zunichte. Die als maßgebend in Betracht kommenden Kollegen verstedten sich hinter allerhand Versprechungen und für die anderen Anwesenden gab es anscheinend keine andere Wahl, als sich nach den Erstgenannten zu richten.

Von Orten, die noch ein besonderes Interesse erheischen, wären noch Sorau, Guben, Forst, Fürstwalde und Bernau zu nennen. Während in Sorau und Guben die Organisationsverhältnisse als unbefriedigend genannt werden müssen, läßt sich dies von den anderen Orten weniger sagen. In einer Anzahl von Orten, wie Dahme, Trebbin, Lübben, Dranienburg, Driesen, Havelberg, Teltow, Wusterhausen, Kalau, Treuenbrietzen usw., wird nur je ein Kollege beschäftigt.

Dies wäre in gedrängter Form eine Uebersicht der Verhältnisse im Gau bezw. der Tätigkeit des Gauvorstandes. Und wenn wir das Fazit ziehen, so können wir nur wiederholen, was am Anfang des Berichtes gesagt wurde. — Aber fort mit aller Sentimentalität. Nicht Masten sei die Lösung. In den Gewerkschaften ist eine Macht erstanden. Sorgen wir, daß sich dieser Gedanke in den Köpfen der uns noch fernstehenden Bahn bricht, dann wird es auch der Arbeiterschaft leichter sein, die Früchte der Arbeit in reichlicherer Form zu ernten, an deren Wachsen sie wohl am meisten beteiligt sind.

Die Kassengebarung des Gauces legt ein bederbes Zeugnis von den ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Zirka 200 Mk. sind mehr an Unterstützung gezahlt worden als im Vorjahre. Zu beachten ist natürlich, daß nur die Einzelmitglieder in Betracht kommen. Zur näheren Veranschaulichung diene folgende Gegenüberstellung. Während an Beiträgen pro Mitglied im Durchschnitt 26,62 Mk. einkamen, wurden pro Mitglied 10,45 Mk. an Unterstützungen ausgeschütt. — Die Verbandskasse hatte eine Einkünfte, inklusive Bestand von Vorjahre, von 2083,23 Mk. Die Ausgaben betrugen 1233,23 Mk. 850 Mk. konnten an die Verbandskasse abgeführt werden. Die Kassa weist, inklusive dem Bestand von 539,91 Mk., eine Einnahme von 1204,96 Mk. auf. Die Ausgaben belaufen sich auf 889,18 Mk. An erster Stelle stehen die Kosten des Goutages mit 403 Mk. Der Bestand der Kassa war am Jahreschluß 315,78 Mk.

Berlin, Februar 1910.

Der Gauvorstand. F. A.: Hugo Lemfer.

## Zum Kampf in Plauen i. V.

In Plauen i. V. sind 180 Personen in den Ausstand getreten, weil das Unternehmertum den beschiedenen Forderungen der Arbeiter in keiner Weise entgegenzukommen gedankt. Zur selben Stunde, als unsere Kollegen und Kolleginnen in den Streik traten, waren schon in verschiedenen Städten im Reich Streikbrecheragenten tätig, die durch Insuperate in den Tageszeitungen Arbeitskräfte für die bedrängten Unternehmer suchten. Diese unfauberen Elemente sind ans Tageslicht gekommen in Hamburg, Leipzig und Berlin. Das Auftreten dieser Ehrenmänner — vor allem der Berliner — den organisierten Arbeitern gegenüber ist ein äußerst provokatorisches. Teilweise wurde

in ähnlicher Offenheit den Arbeitslosen oder sonst sich meldenden Personen gesagt, daß es sich um Streikbruch handelt. 35—40 Pf. Stundenlohn, auch Wochenlohn von 24 Mk. wurde ihnen geboten bei 10tägiger Arbeitszeit und 14tägiger Kündigungsfrist. Kollegen, beachtet die Streikbrechergesuche in den Tageszeitungen und sorgt dafür, daß unsere streikenden Kollegen vom Zugzug verschont bleiben.

Sehr viel Zeit scheint die Plauener Polizei zu haben, die ihre Aufgabe gegenwärtig darin sieht, unsere Streikposten in unerhörter Weise zu belästigen. Das gesetzlich erlaubte Streikpostenstehen ist in Plauen einfach verboten. Wer sich diesem Verbot nicht fügt, wird wie ein Schwerverbrecher zur Wache geschleppt. So sucht auch die Behörde die Lebenslage der Arbeiter niederzuhalten. Kollegen im Reich, haltet allen Zugzug von Plauen fern!

Die von den Unternehmern Grimm und Adam beim Gewerbegericht angängig gemachte **Schaden-ersatzklage wegen Kontraktbruch** sind zugunsten der Streikenden entschieden, da einerseits die Geschäftsordnung keinerlei Angaben über die Kündigungsfrist enthielt, andererseits aber auch die Arbeiter infolge der Behandlung zur Arbeitsniederlegung gezwungen worden seien.

**Eisenbahnverwaltung, Polizei und — Streikbrecher.**

Die Herren Kartonnagenfabrikanten in Plauen i. B. machen verzweifelte Anstrengungen um Streikbrecher zur Niederdrückung der so überaus niedrigen Forderungen unserer Kollegen aufzutreiben. Streikbrecheragenten treiben ihr schmutziges Handwerk und — Polizei und Eisenbahnverwaltung leisten ihnen Zutreiberdienste.

Am Dienstag schon prangte ein Inserat in der demokratischen Berliner „Volkszeitung“, durch das Streikbrecher gesucht wurden, und in einer Spelunke in der Invalidenstrasse hatten die Streikbrecheragenten ihr Werbelosel aufgeschlagen. Sorgfältig wurden die Böde von den Schafen geschieden, Verbandsmitglieder wurden ohne weiteres zurückgewiesen und nur solche, die unbedächtig erschienen und die sich bewußtlos bereit erklärten als Streikbrecher ihren für menschenwürdige Verhältnisse kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, wurden „engagiert“.

Etwas ein Dutzend „ehrenwerter Männer“ hatte sich denn auch am Dienstagabend auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin zusammengefunden, um die Weise nach Plauen unter Führung eines Streikbrecheragenten anzutreten. Zwei freie Männer, eine Frauensperson und ein Schuhmann wirkten getrennt zusammen, um ihre Herde vor der Verührung mit einigen Kollegen zu schützen, die sich zu dem Zwecke ebenfalls am Bahnhof eingefunden hatten, um die als Kausreißer engagierten Mannschaften möglichst im letzten Augenblick von dem alle Arbeiterlehre vernichtenden Schritte abzuhalten. Im großen Wartesaal schien den Menschenhändlern ihre Beute jedoch nicht sicher genug, zumal sich schon unter der zur Abreise bereiten Herde ein unsicherer Kantonist gefunden hatte, der schleunigst „entlassen“ wurde, und so sperrte die Eisenbahnverwaltung einen am Einfaßbahnhofs gelegenen Wartesaal für den allgemeinen Verkehr und stellte diesen den Streikbrecheragenten als Gefängnis für ihre Getreuen zur Verfügung. Am Eingang zu diesem Gefängnis hielt ein Schuhmann Wache, jedes Winkes der Menschenhändler bereit.

Da es sich um einen durch Aufschrift als „Wartesaal“ bezeichneten, also zweifelsohne für den öffentlichen Verkehr bestimmten Raum handelte, benutzte einer unserer dort versammelten Kollegen einen günstigen Augenblick, um ebenfalls den „Wartesaal“ zu betreten. Kaum jedoch, daß dies geschähen, stürzte der Sklaventreiber herbei, fragte den Kollegen, ob er auch „engagiert“ sei und bewies ihn aus dem „Wartesaal“, als dies verneint wurde. Die Frage, mit welchem Recht der Betreffende sich über die dem öffentlichen Verkehr dienenden Räume zu verfügen erlaube, beantwortete der inzwischen herbeigekommene Schuhmann, indem auch er kraft seines Amtes unseren Kollegen aus dem „Wartesaal“ bewies. Noch eine charakteristische Aeußerung des Hütters der Ordnung sei hier festzuhalten. Auf die Frage, was denn hier los sei, und was das alles zu bedeuten habe, antwortete der Vertreter der heiligen Germandad: „Na, Sie sind doch nicht von heute und von gestern und ich auch nicht. Was hier los ist, wissen Sie so gut wie ich. Also weitergehen und Ruhe und Frieden halten.“ Diese Aeußerung stellt zweifelsfrei fest, daß die Polizei dem schmutzigen Gewerbe der Streikbrecheragenten Ganblangendienste leistet und die königliche Eisenbahnverwaltung tut ein Gleiches, indem sie einen für den öffentlichen Verkehr bestimmten Raum in ein Gefängnis umwandelt.

In einem extra reservierten Wagenabteil vierter Güte wurden schließlich die Herren Streikbrecher verfrachtet und unter Führung eines der Menschenhändler ging die Fahrt ab gen Plauen. Der Schuhmann hielt bis zum Abgang des Zuges vor dem betreffenden Wagenabteil Wache — so wirken Eisenbahnverwaltung, Polizei und Streikbrecheragenten zusammen, zum Schutze des bedrohten Profits.

Ob die Eisenbahnverwaltung den modernen Menschenhandel auch wohl noch dadurch unterstützt, daß sie das bereits bezahlte Fahrgehd zurückerstattet für diejenigen, die unterwegs von reumütigen Gefühlen überwältigt „ausreißern“?

Die Kartonnagenarbeiter Berlins machen wir aber darauf aufmerksam, daß einer der Streikbrecheragenten und auch die mit ihm zusammenwirkenden Frauenspersonen Berlin nicht verlassen haben und ihr jedenfalls ebenso einträgliches wie schmutziges Handwerk voraussichtlich weiter ausüben werden.

Nebt Solidarität! — Kein Mann nach Plauen!

**Plauen.** Am 16. Februar fand hier eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus statt, in der Gauleiter Pfüge über den Stand der Lohnbewegung berichtete. Er führte aus, daß das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden sei. Dasselbe ist aber seitens der Prinzipale abgelehnt. Im Ausstand stehen 4 Betriebe. Hierbei haben unsere Posten schon sehr Schönes geleistet. Wir haben hier, wie bei allen Lohnbewegungen, mit Leuten zu tun, die sonst der Arbeit in möglichst weitem Bogen aus dem Wege gehen. Auch solche, die sich zurzeit nicht im staatlichen Gewahrsam befinden, leisten den Schachtelmacherfabrikanten Kausreißerdienste.

Auffallend weitgehenden Schutz seitens der Plauener Polizei genießt der Kartonnagenfabrikant Grimm. In dessen Werkstatt ist das Streikpostenstehen ab solui verboten und eine ganze Anzahl Sittierungen ist dort seitens der Schutzleute erfolgt, obwohl sich unsere Posten bisher nicht das geringste haben zuschulden kommen lassen. Trotzdem werden die elendesten Verleumdungen ausgestreut. Der Kutscher des Herrn Grimm soll durch einen Schuß am linken Nasenflügel verletzt worden sein!! Eine kleine Schramme, mit etwas Pflaster verklebt, ist die ganze Verletzung. Der Schuß soll gefallen sein, als der Kutscher mit Herrn Grimm die arbeitswilligen Leute per Wagen nach Hause transportierte. Keiner unserer Streikposten und auch die Geschäftsinhaber in der Nähe haben einen Schuß gehört. Die Polizei aber verhaftete vier unserer Kollegen früh um 6 Uhr aus den Betten weg, die alle wieder freigelassen werden mußten, weil sie ihr Alibi nachweisen konnten. Von der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute tagende Buchbinder- und Kartonnagenarbeiter-Versammlung erhebt entschiedenen Protest gegen die polizeilichen Maßnahmen in der angebllichen Schußaffäre des Kutschers der Firma Grimm. Nach Lage der Sache, die geringe Verletzung des Kutschers in Betracht ziehend, halten die (militärisch ausgebildeten) anwesenden Buchbinder und Kartonnagenarbeiter einen Schuß für unmöglich, und sprechen die Versammelten ihre Verwunderung aus, daß die (militärisch ausgebildeten) Polizei in diesem Falle 4 unserer Kollegen kommissarisch vernahm und überhaupt einen Schuß als vorliegend erachtete.

Ferner fand noch folgender Antrag einstimmige Annahme. „Auf das Schreiben des Herrn Dr. Pöttners vom 13. Februar bezugnehmend, ist die Versammlung der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter vom 16. Februar zum Entgegenkommen bereit und beauftragt die Kollegen Schlagl und Pfüge, nachmüßig bei Herrn Geunier bzw. Rechtsanwalt Dr. Pöttners vorstellig zu werden.“ Zum Schluß ermahnte Kollege Kunz alle Kollegen, tapfer auszuhalten, dann wird auch der Sieg unser werden. Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband fand die Versammlung ihren Abschluß.

Am 19. Februar fand abermals eine öffentliche Versammlung statt, diesmal zwecks „Geerdung über die Arbeitsniederlegung“ und „Verteilung der Streikposten“. Gauleiter Pfüge berichtete, daß er nochmals ein Schreiben an die Prinzipale sandte, um die Lohnbewegung in friedlicher Weise beizulegen. Hierauf erhielt er postwendend Antwort, mit der wir uns jedoch nicht einverstanden erklären konnten. Die Lohnkommission reduzierte den Tarif noch etwas und wurde dieser den Arbeitgebern zugesandt. Es erfolgte jedoch hierauf keine Antwort, so daß wir in den Ausstand getreten sind. 180 Kollegen der größten

Firmen befinden sich nun im Streik. Es sind nur einige, die sich seitens der Prinzipale haben hinreichend lassen und Streikbrecher spielen. Pfüge ermahnte die Kollegenschaft, sich nicht durch Schimpfworte gegen Arbeitswillige zu vergehen, damit wir gegen Strafen geschützt sind. Tapfer und mit Vertrauen blicken wir in die Zukunft und so soll auch der Sieg unser werden.

**Korrespondenzen.**

**Deutschland:** Zugzug nach Krefeld, München, Nürnberg - Fürth und Falkenstein. S. ist fernzuhalten; gesperrt ist Plauen i. B. und in Darmstadt die Firma Meß u. Sohn.

**Schwiz:** Ueber die Firma A. B. Heine, Stickeriegeschäft in Arbon, ist die Sperre verhängt. Basel und La Chaux-de-Fonds-Loche stehen in Lohnbewegung. Zugzug ist fernzuhalten.

**Oesterreich:** In Görz und Triest steht die Kollegenschaft in einer Tarifbewegung und ist demnach Zugzug strengstens hintanzuhalten. — Weiter ist Arbeitsannahme bei der Firma J. Neumann u. Sohn in Proßnitz (Mähren) zu unterlassen. In Dornbirn (Vorarlberg) ist ein Streik ausgebrochen. Dornbirn ist gesperrt.

**Schweden:** Gesperrt ist ganz Schweden.

Vor Arbeitsannahme im Gau 6/7 erkundige man sich beim Bezirksleiter Fr. Küster in Hamburg nach den bestehenden Verhältnissen. Desgleichen vor Arbeitsannahme in Posen und Zwickau bei den örtlichen Bevollmächtigten und vor Arbeitsannahme in Herzberg a. Elster beim Gaubevollmächtigten Herzberg in Magdeburg.

**Zwickau.** Die Firma Goeke u. Ziller (siehe Bericht in letzter Nummer) hat noch eine weitere Maßregelung vorgenommen, so daß nunmehr vier Kollegen entlassen worden sind. Zweien der Kollegen legte Herr Goeke ein Schriftstück vor, nach dessen Unterschreiben sie auf Weiterbeschäftigung rechnen konnten. Das Schreiben ist äußerst charakteristisch. Es lautet: „Wir Unterzeichneten sprechen hierdurch der Firma Goeke u. Ziller unser Bedauern darüber aus, daß wir uns auf dem Brief vom 11. Februar cr., der auf Veranlassung des Buchbinders Sch. an Ihre Firma gerichtet wurde, unterschrieben haben. Weiter nehmen wir mit Bedauern die dem Meister Hübner gegenüber ausgesprochenen unverantwortlichen und ungehörigen Aeußerungen zurück. Wir verpflichten uns dann, dem Meister Hübner gegenüber es nie an dem gehörigen Respekt fehlen zu lassen und weiter sofort aus der Organisation des Deutschen Buchbinderverbandes auszuscheiden. Wir bestätigen dann noch die Vereinbarung, daß in Zukunft für beide Teile jede Kündigungsfrist wegfällt, und daß ich... (Name) vorläufig 40 Pf. Stundenlohn, und ich... (Name) 33 Pf. Stundenlohn verdiene.“ Es bedarf keiner weiteren Worte, daß dieses Schriftstück von den zwei Kollegen nicht unterschrieben wurde. Der in demselben genannte Werkmeister Hübner ist ein ehemaliger Kollege, der während der Annaberg-Buchholzer Aussperrung dem Verbands Geld genug gekostet hat, jetzt aber glaubt, durch rigoroses Vorgehen sein Ansehen beim Unternehmer zur Geltung bringen zu müssen. Vor Arbeitsannahme nach hier erkundige man sich zuvor beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen.

**Leipzig.** Eine neue Heldentat des Herrn Mödel aus der Firma E. A. Enders, die erst jetzt zu unseren Ehren kommt, zwingt uns abermals dazu, an diesen Mann einige Zeilen unserer Zeitung zu verschweiden.

Vor einiger Zeit passierte einem Kollegen das Malheur, sich an einer Maschine die Finger zu quetschen, so daß die Anlegung eines Rotverbandes notwendig wurde. Dem Herrn Mödel war seitens der Firma der Verbandskasten anvertraut worden, womit die selbstverständliche Pflicht verbunden ist, im Bedarfsfalle die erste Hilfe zu leisten. Dies erwartete mindestens der verletzte Kollege. Er sollte sich indessen schwer getäuscht haben, denn Herr Mödel erschien nach einiger Zeit ohne Verbandskasten auf dem Platze. Auf das Ersuchen des Verletzten, ihm einen Verband umzulegen, verlangte Mödel, daß sich der Kollege nach seinem (Mödel's) 5 Etagen höher gelegenen Platz bemühen möge. Auf die Antwort des Verunglückten, der sich etwa 3 Minuten mit der Hand in der Maschine befunden hatte, daß er dazu nicht in der Lage

sei, erkühte sich Herr Mödel zu entgegnen: Sie Stiefel, kommen Sie doch rauf, wenn Sie verbunden sein wollen, welche unerhörte Beschimpfung seitens des Verlehten nur damit beantwortet werden konnte, daß er erklärte: Wenn ich mit der Hand in die Maschine gekommen bin, haben Sie gut „Stiefel“ sagen, aus welchen Worten wohl ohne weiteres geschlossen werden darf, daß ohne die verlebte rechte Hand die Antwort etwas nachdrücklicher erfolgt sein würde. Der verlebte Kollege hatte natürlich ein besonderes Interesse daran, einen Verband um seine Hand zu bekommen und da auch einem Durcheinander kein Verbandsmaterial ausgeteilt wurde, blieb ihm nichts übrig, als in die nächste Apotheke zu schälen, um dort für 15 Pf. in Karbolwasser getränkte Verbandswatte zu kaufen. So geschah im Jahre des Heils 1909, zwei Tage vor dem Fest der Viehe.

Als bei der Geschäftsleitung Beschwerde ob der unwürdigen Behandlung erfolgte und Mödel zur Rede gestellt wurde, hatte der Herr die Stirn, den Vorfall abzuleugnen. Doch selbst der Proturist der Firma schien diesen Ableugnungsversuch mit gebührender Vorsicht aufzunehmen, denn er suchte vermittelnd auf den Kollegen einzuwirken, indem er ihm erklärte: „Sehen Sie nur zu, daß nichts aus der Sache wird.“ Damit sollte ohne Zweifel der Wunsch angedeutet sein, den Vorfall mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zu bedecken und vor einer Kritik in der Öffentlichkeit zu bewahren, weil durch die Feststellung, daß verunglückten Arbeitern statt sofortiger Hilfe grobe Beschimpfungen zuteil geworden sind, der Ruf der Firma leiden würde.

Wir sind gespannt darauf, wie lange Herr Mödel sein Wesen noch treiben darf, sind vorläufig aber schon damit zufrieden, daß die Geschäftsleitung ein nachsames Auge auf den Mann zu haben scheint, denn erst dieser Tage wurde einem Kollegen erklärt: „Wir lassen unseren Vorkämpfern möglichst freie Hand, es sei denn, sie machen Dummheiten wie Mödel, dann greifen wir ein.“

Wie wir hören, wird übrigens Herr Mödel von dem beleidigten Kollegen vor den Richter zitiert werden, um ihm nachdrücklich zu Gemüte führen zu lassen, daß er sich beschimpfender Redensarten zu enthalten hat.

**Berlin.** Erst jetzt wird uns Mitteilung davon, daß die Großbuchbinder Franz Haber Kölle, Berlin, Ritterstraße 71, den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen den am 29. Januar fälligen Lohn wegen Geldmangel nicht auszahlte. Herr Kölle hielt es gar nicht für nötig, seinen Arbeitern Aufklärung zu geben, er ließ sich überhaupt nicht sehen. Durch seinen Reifer ließ er erklären, daß bis Montag mittag alles erledigt ist. Doch darauf warteten die dort beschäftigten Kollegen nicht, denn Montag früh wurde schon eine Falschmaschine abgeholt. Daraufhin wurde ein schleuniger Arrestbefehl ausgefakt und brachte die unangenehme Nebenwirkung, daß dem Herrn Kölle überhaupt nichts gehört, selbst die Schenabstöß- und Maschinen nicht. Ja einige Maschinen sollen sogar mehrere Male veräußert verschiedenen Personen als Eigentum übertragen worden sein. Geschädigt sind 61 Personen in Höhe von rund 2100 Mk.

**Berlin.** Aus der Lugsapapierbranche. Einen krassen Beitrag zum Kapitel Arbeiterausbeutung liefert nachstehendes Inserat aus dem „Berliner Lokalanzeiger“:

„Sohn anständiger Eltern, m i n d e s t e n s 17 Jahre alt, der Präzerei erlernen will, verlangt Anfangslohn 8 Mk. pro Woche, später bei Lichtigkeit steigend bis 30 Mk., dauernde Beschäftigung. Leonhardi u. Co., Lugsapapierfabrik, Köpenicker Straße 112.“

Wir trauten unseren Augen erst kaum, als wir dies lasen. Einen erwachsenen männlichen Arbeiter einen Wochenlohn von 8 Mk. anzubieten, ist denn doch für Berliner Verhältnisse eine Zumutung, welche kaum ernst genommen werden kann. Natürlich hatten wir dadurch alle Veranlassung, uns etwas eingehender mit den Verhältnissen jener Firma zu befassen, und das Ergebnis ist wirklich wert, an dieser Stelle festgenagelt zu werden.

Hätten wir vermutet, daß die Firma vergeblich auf diesen „Sohn anständiger Eltern“ warten wird, so sind wir leider enttäuscht worden. Es sind tatsächlich mehrere solcher Wunderkinder auf den Leim gegangen; denn die Firma betreibt diese Ausbeutung — pardon: Afernung — von jungen Leuten ganz systematisch, und zwar müssen dieselben eine zweijährige Lehrzeit durchmachen, während welcher sie neben Pakete packen, Gänge machen, Wagen schieben und dergleichen auch die Kunst des Präzieren erlernen. Ist es schon unseres Erachtens unerantwortlich, in einer Zeit, wo Präzerei, die ein Menschenalter als

solche tätig waren, zu Dutzenden aus den Betrieben verdrängt wurden und arbeitslos sind oder in anderen Berufen Unterschlupf fanden, noch Präzerei anzulernen, so scheint dies Gebahren direkt verwerflich und allem Anschein nach nur von der Sucht diktiert, sich recht billige Arbeitskräfte anzulernen, wenn man den angebotenen Anfangslohn in Betracht zieht.

Auf das Inserat hin hat sich denn auch ein Zwanzigjähriger gefunden, der die Kunst des Präzieren sich zueigen machen will, und Herr Leonhardi hat sich gar nicht geniert, diesem erwachsenen Menschen eben nur die angekündigten 8 Mk. zu zahlen, und von zweien, die schon vor einigen Wochen ihre zweijährige Lehrzeit begannen, ist sogar ein Neunundzwanzigjähriger, der „natürlich“ auch mit den 8 Mk. auskommen muß. Wer aber etwa glaubt, daß dieser Hungerlohn nur in der ersten Zeit gezahlt wird, irrt sich schmerzlich, ist doch ein zickes Zwanzigjähriger dort, der bereits  $\frac{3}{4}$  Jahr „lernt“ und dem Herr Leonhardi sage und schreibe 10 Mk. zahlt, während ein Ausgelernter es im Afford. bis beinahe 20 Mk. Wochenverdienst bringt. Einer dieser jungen Leute, der 21 Jahre alt ist, hin und wieder an der Mollschere helfen muß, erhält auch nur 8 Mk., während die sonst an der Mollschere stehende Arbeiterin 12 Mk. bekommt.

Am Ende der Lehrzeit soll ihnen dann angeblich Gelegenheit gegeben werden, im Affordarbeiten ihr Heil zu versuchen — wer es bis dahin aushält. So schüttelte einer von ihnen in letzter Zeit schon nach dreitägiger Lehrzeit den Staub von seinen Füßen, während ein anderer kurz vorher, nach einvierteljähriger Lehrzeit, mit schönem Indanck die Menschenfreundlichkeit Herrn Leonhardis lobte und die so vielversprechende Stellung aufgab.

Je geringer die Löhne, desto größer die Arbeitsdauer. Dieser alten Tradition entsprechend läßt auch Herr L. die „Lehrlinge“  $1\frac{1}{2}$  Stunden länger arbeiten, macht also pro Woche einen siebenten Arbeitstag. Wer sich aber mit solchen Hungerlöhnen und einer Arbeitszeit für sieben normale Arbeitstage pro Woche abfinden läßt, dem kann man auch, was die Behandlung anbelangt, getrost mehr bieten, und auch das übrige Personal scheint sich so an die schofe Behandlung von seiten des Firmeneinhabers gewöhnt zu haben, daß es gar nicht mehr sonderlich auffällt und ganz und gar nicht dagegen zu muhen wagt. Wer schimpft hat unrecht; wer aber noch in solch gemeiner Weise seine Arbeiter und Arbeiterinnen beschimpft, wie es Herr Leonhardi sich erdreistet, zeigt damit zur Evidenz, auf welch hohem sittlichen Niveau er steht. Ausdrücke wie „Schweine“, „Säue“ usw. sind an der Tagesordnung. Damit nicht eines vor dem anderen zurücksteht, sind auch die sanitären Zustände in dem Betriebe ganz unwürdige und forderten längst zur schärfsten Kritik heraus. Wir haben infolgedessen auch wiederholt der Gewerbeinspektion hierüber Anzeige erstattet, leider bisher mit negativem Erfolge.

Die Arbeiterschaft aber möge hieraus die einzig richtige Lehre ziehen, daß nur durch festen Zusammenschluß in unserer Organisation gegen solche jammervollen Verhältnisse angeknüpft werden kann. Zieht sie diesen Schluß, dann wird auch für Herrn L. der Tag kommen, wo er energischer daran erinnert werden kann, daß die Arbeiterschaft ein Recht auf einen menschenwürdigen Lohn und ebensolche Behandlung hat.

**Stuttgart.** Am 18. Februar fand eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die Förderung unseres Gewerbes durch die Regierung. Referent: Arbeitersekretär Kollege Fette. Der Referent kam eingangs seiner Ausführungen auf das Antwortschreiben, Vergebung von staatl. Arbeiten nur an tarifreue Firmen betreffend, zurück. Wie es hier mit der „Förderung“ aussehe, besagt die Antwort der Kgl. Ministerien recht deutlich. Auf einige Kleinmeister, darunter Kgl. Hofbuchbinder, nimmt man die größte Rücksicht, die größeren Buchbinderern mit ihrer großen Zahl von organisierten Arbeitern läßt man dabei vollständig unbeachtet. Von den Hofbuchbindern wurde die Firma Samuel Mayer gepörrt wegen tarifwidrige Bezahlung. So sind es noch viele, die durch Lehrlingsausbeutung, schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeit usw. der Organisation bekannt sind, welche von dem Staate durch Zuweisung ihrer Buchbinderarbeiten unterstützt werden. Aus unserer Lehrlingsstatistik ist zu erwähnen, daß auf 43 Betriebe mit 75 Gehilfen 65 Lehrlinge kommen. Die Zuchthausverwaltung Ludwigsburg hat nun, offenbar mit Zustimmung der Regierung, Schreiben an Großbuchbinderbereien ergehen lassen, in welchen um Aufträge von Binderarbeiten ersucht wird. In württembergischen Strafanstalten werden jetzt schon 75 Gefangene mit Buchbinderarbeiten beschäftigt. Würde hier nicht energisch protestiert, könnten hunderte von Arbeitern auf der Straße liegen und zusehen, wie ihnen der Staat die Arbeitsgelegen-

heit wegnimmt. Im Jahre 1909 wurden in Stuttgart 5000 Mk. aus Verbandskasse und 1630 Mk. aus Lokalkasse für Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Durch Zuchthauskonkurrenz würde diese Summe bedeutend erhöht. Bei der Berechnung von 88 Pf. Tagesverdienst ist es nicht ausgeschlossen, daß der Zuchthausverwaltung Aufträge erteilt werden. Diese Konkurrenz abzuwehren, muß darum unsere Aufgabe sein. Um gestärkt dazustehen, muß es Pflicht aller Berufsangehörigen sein, sich im Deutschen Buchbinderverband zu vereinen.

In der folgenden Diskussion schließt sich Kollege Dietrich den Ausführungen an. Es sei dies nicht zum erstenmal, im Jahr 1876 hätte man denselben Fall gehabt, damals ohne die lebhafteste Beteiligung der Arbeiterschaft, wie sie die Versammlung heute beweise, wir haben aber auch das größte Interesse daran, dagegen anzukämpfen. Die Gefangenen müßten ihre Beschäftigung haben, aber da gibt es so vielerlei, ohne die Industrie zu stören. Dietrich führt an, daß z. B. der Etat für staatl. Arbeiten bedeutend eingeschränkt werden könne, wenn die Gefangenen mit Arbeiten für inneren Gebrauch beschäftigt würden. Für Heer und Marine würde genug Beschäftigung da sein, wenn man die hier zur Verwendung kommenden Soldaten in Industrie und Landwirtschaft beließe, anstatt dieselben in Kasernen zu stecken. Wege und Ländereien könnten gebaut werden. Aussicht sei ja genügend vorhanden. Gegen den Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene sei ja sonst nichts einzuwenden, aber diese gefährden dann unseren Beruf und dagegen müssen wir uns wehren. Um unseren Protest wirksam durchzuführen, erklärt Kollege Dietrich im Namen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, daß sie geschlossen für uns eintreten werde und hinter uns stehe. Das Bureau wurde ermächtigt, eine Deputation, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern, zu entsenden; die folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 18. Februar 1910 im Festsaal des Gewerkschaftshauses tagende öffentliche Versammlung von Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderereien, Geschäftsbücher- und Kartonnagenfabriken Stuttgarts erhebt energischen Protest gegen die geplante Weiterausbehnung der Buchbinderarbeiten im Zuchthaus zu Ludwigsburg. Die Versammlung ist der Ansicht, daß durch das Vorhaben, wie es durch Mundschreiben des Inspektors Wieland bekannt wurde, die Arbeitsgelegenheit in Stuttgart noch mehr verschlechtert wird, die Arbeitslosigkeit immer noch größeren Umfang als seither erfährt, was herbeizuführen nicht Aufgabe und Absicht der Regierung sein kann.

Die Versammlung erwartet daher die Zurechnahme des Mundschreibens durch das Kgl. Justizministerium, ferner erwartet sie für die Zukunft eine derartige Beschäftigung der Gefangenen nicht, die den freien Arbeiter die schwerste Konkurrenz macht.

Die Versammlung ersucht endlich die sämtlichen württembergischen Ministerien, ihre Haltung gegenüber dem bestehenden Tarif entsprechend dem Erlaß vom Januar 1906 einer Revision zu unterziehen, m i n d e s t e n s jedoch vor Ablehnung der Vergebung von Staatsarbeiten an tarifreue Unternehmer, und sich über die tatsächlichen Verhältnisse an den maßgebenden Stellen zu unterrichten.

Kollege Schöter appelliert an die Versammlung, auch künftig ihr Interesse so an der Sache zu zeigen, wie es heute geschähen.

**Reutlingen.** Am 5. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, welche aber leider nur mäßig besucht war. Der Vorsitzende Eisele erstattete den Geschäftsbericht, Schäfer den Kassenbericht. Hierauf wurde zur Auswahl der Ortsverwaltung geschritten. Während sich sonst dieser immer einige Schwierigkeiten entgegenstellte, wurde diesmal die ganze Verwaltung wiedergewählt. Die Zusammenkunft ist folgendermaßen: 1. Vorsitzender Eisele, 2. Vorsitzender Böck; Kassierer Schäfer; 1. Schriftführer Bitterling, 2. Schriftführer Schmid. Beisitzer: Alara Eger und Pauline Böbel. Gewerkschaftsdelegierte Pfennig und Braun; Revisoren Kleintrecht und Böhm. Der Vorsitzende appellierte zum Schluß an die Anwesenden, im neuen Geschäftsjahr die noch fernstehenden Kollegen dahin zu bringen, unserer guten Sache sich anzuschließen.

**Arsfeld.** Am Sonntag, den 13. Februar, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Bauer erstattete den Geschäftsbericht, nach welchem 6 Vorstandssitzungen, 12 Tarifkommissionsitzungen, 3 Werkstübchenbesprechungen, 3 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Am Schluß des 3. Quartals war ein Bestand von 147 männlichen und 8 weiblichen

Mitgliedern und am Schlusse des 4. Quartals ein solcher von 162 männlichen und 20 weiblichen Mitgliedern vorhanden. Der Rapportbericht zeigte für die Verbandskasse eine Einnahme von 8806,37 Mk. und eine Ausgabe von 8788,24 Mk. Bei der hierauf gefälligen Vorstandswahl wurde der Vorsitzende Bauer einstimmig wiedergewählt, ebenso der Kassierer Lehmann, als Unterstützungsaußwähler Schütz, als Beisitzer Schauten und Goebels, als Kartelldelegierte Bauer und Meyer und als Revisoren Schauten und Schmidt. Weiter wurde beschlossen, für diejenigen, welche durch den Streik arbeitslos geworden sind, aus der Lokalkasse 50 Mk. zu bewilligen, damit die bereits ausgefeuerten Kollegen eine Unterstützung erhalten. In seinem Schlusswort trat der Vorsitzende ganz besonders warm dafür ein, daß die Mitglieder mehr in der 4. Klasse steuern sollten. Ein jeder könne die damit verbundenen Vorteile bei etwaiger Unterstützung sehr wohl spüren. Nachdem wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen und erledigt.

**Chemnitz.** Am 12. Februar fand im Vereinslokal unsere Monatsversammlung statt. Zunächst hielt Genosse Müller einen Vortrag über: „Zeld- und Kartgenossenschaften aus alter Zeit“ und knüpfte hieran als drastischen Vergleich einige Erläuterungen über das neue sächsische Zeld- und Fortschubgesetz. Zum Punkt „Gewerkschaftliches“ gab der Bevollmächtigte bekannt, daß es nunmehr 10 Jahre sind, daß in Chemnitz eine Zählstelle gegründet wurde. Im Jahre 1900 hatten wir 32 Mitglieder, während wir heute über 200 zählen. Gar manche Erinnerung aus der Zeit vor Gründung der Zählstelle wurde ausgetauscht und den Mitgliedern erklärt, wie unendlich schwer es uns gemacht wurde, unter den indifferenten Kollegen hier in Chemnitz festen Fuß zu fassen. Aber das mutige Häuflein scheute nichts, trotz des alten „Juwels“, des sächsischen Vereinsgesetzes, die Einzelmitgliedschaft in eine Zählstelle umzuwandeln und eine Lohnbewegung mit Erfolg — wenn auch nur mit minimalem — durchzuführen. Kollege Bilz, unser Senior am Platze, erklärte in interessanter Weise, wie sich seit 1876 die Kollegenchaft zu organisieren versuchte und weiter aus einem Vergnügungsverein der Unterstützungsverein gegründet wurde. Die zahlreich anwesenden Mitglieder lauschten aufmerksam seinen Worten, galt es doch, ein Stück Geschichte unserer Zählstelle zu hören.

Nachstehend verzeichnete Mitglieder gehören dem Verbands bereits länger als zehn Jahre an: O. Rummeler, E. Schubert, P. Bilz, R. Ohmann, E. Ränger, M. Zahn, E. Kollack, R. Erdelt, H. Langmichel. Diese sind die Mitbegründer unserer Zählstelle. Außer diesen haben eine längere als zehnjährige Mitgliedschaft hinter sich die Kollegen E. Pfütze, C. Mißbach und H. Triemer. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich seit dem Bestehen der Zählstelle wie folgt:

Bestand	männlich	weiblich	Zus.	Bestand	männlich	weiblich	Zus.
1900	32	—	32	1905	108	85	191
1901	39	—	39	1906	91	74	165
1902	65	2	67	1907	115	78	193
1903	98	13	106	1908	114	51	165
1904	76	18	94	1909	151	65	216

Im ferneren wurde bekanntgegeben, daß der frühere Kartonfabrikant Stiehl der Kollegenchaft durch sein brutales Auftreten den Arbeitern gegenüber noch in guter Erinnerung, beim Fabrikanten Bilz als Werkführer engagiert war. Schon am ersten Tage kam es zu unliebsamen Auftritten zwischen ihm und den Arbeiterinnen, weil er eine Kollegin in unanständiger Weise beleidigte. Als er sein Gebahren am anderen Morgen fortsetzen wollte, verbatene sich dies die dort arbeitenden Kollegen und als Herr Stiehl auch diese provozierte und gehen ließ, wem es nicht passe, verließen sämtliche Schneider, Ritzer und Hefter, auch einige Arbeiterinnen den Betrieb. Am nun wieder Ruhe und Frieden in seiner Werkstube zu haben, entließ Herr Bilz seinen allzu schneidigen Betriebsleiter und die ausstehenden Kolleginnen und Kollegen nahmen am nächsten Tage die Arbeit wieder auf. Ein Erfolg der Solidarität. Mögen dies die uns noch Fernstehenden erkennen und ihren alten Egoismus fallen lassen und mit uns ein großes Ganzes, eine Macht bilden.

**Samburg-Altona.** In der Mitgliederversammlung vom 15. Februar gab Brunow bekannt, daß der neugewählte Vorstand laut letzten Versammlungsbeschluss sich einmütig mit der Angelegenheit des früheren Kollegen Wolz beschäftigt habe. Er müsse jedoch seinen Antrag ablehnen und ihn auf den Instanzenweg verweisen, sei aber gewillt, wenn Wolz seinen Verpflichtungen der Zählstelle gegenüber nachkäme, seine Wiederaufnahme beim Verbandsvorstand zu befürworten. Dieser in einer Resolution niedergelegte Beschluss des Vorstandes wurde in einer

inzwischen stattgefundenen Vertrauensmännerbergsammlung angenommen. Brunow ersuchte die Versammelten, gleichfalls die Resolution anzunehmen, was auch ohne Debatte geschah. Somit ist diese Angelegenheit für die Zählstelle erledigt. — Berndt hielt einen Vortrag über: „Die bevorstehende Gewerbegerichtsreform“. Er schilderte die Entstehung und Entwicklung der Gewerbegerichte, die Zusammenfassung des Gerichtshofs. Durch Zahlen wies er die Notwendigkeit des Gewerbegerichts und des Einigungsamtes nach. Nachdem Redner noch über die Wählbarkeit zum Richter und die Wahl selbst gesprochen, forderte er die Anwesenden auf, zu der voraussichtlich im März stattfindenden Wahl mehr wie bisher ihre Schuldigkeit zu tun. Wählberechtigt ist jeder, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, kein Ausländer ist und im Wahlbezirk wohnt. Die Ausführungen Berndts wurden durch Brunow, Küster und Haupt ergänzt. Hierbei schilderte Küster einen Fall aus Bremen. Dort hatte sich bei der vor kurzem stattgefundenen Lohnbewegung das Gewerbegericht ohne beiderseitiges Verlangen eingemischt, die Arbeitgeber lehnten zwar die Vermittelung ab, wurden aber dadurch veranlaßt, mit den Bremer Kollegen zu verhandeln. Als Kandidat wurde Berndt wieder aufgestellt. Die bereits stattgefundenen Wahl des Kollegen Wilhelm in Altona wurde gutgeheißen. Betreffs Agitation forderte Brunow die Anwesenden auf, sich an der stattfindenden Hausagitation zu beteiligen, da uns ein großer Teil Adressen Unorganisirter zugegangen sei. Stüh und Mohrbacher sprachen im selben Sinne. Unter „Verschiedenes“ rügte Brunow den schlechten Besuch der letzten Vertrauensmännerbergsammlung, die Namen der Nichter erschienenen wurden verlesen. Betreffs Anfertigung der „Singermappe“ bei Hulbe wurde eine vom Vorstand vorgelegene Resolution, die an den Parteivorstand und den Vorstand des 4. Wahlkreises in Berlin gelangt werden soll, angenommen. Hierbei schilderte Mißbach die herrschende Mißstände. Eine lebhaft Debatte entpann sich über die Schaffung eines eigenen Verbandskalenders, wie ihn andere Gewerkschaften bereits eingeführt haben, was vor allem von Hulbe und Berndt gefordert wurde. Haupt und Mohrbacher empfahlen Anschaffung des von der Partei herausgegebenen „Arbeiter-Kalender“. Von Küster wurde darauf hingewiesen, daß der letzte Verbandstag bereits diese Frage behandelt habe und auch der nächste Verbandstag müsse sich unbedingt hiermit beschäftigen. Eine, für einen zugereiften mittellosen Kollegen veranstaltete Sammlung ergab 10,65 Mk. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Burgstädt.** Endlich wieder ein Lebenszeichen von der Zählstelle Burgstädt. Und zwar soll auf diesem Wege die Laubzeit der hiesigen Kartonarbeiterchaft einmal gerigt werden. Die Kollegen im Reich müssen staunen über die Teilnahmslosigkeit, wie sie hier am Platze herrscht. Es ist kein Wunder, denn aller anderer Klimbim kommt vor der gewerkschaftlichen Organisation. Und doch hätten gerade wir am hiesigen Orte das größte Bedürfnis, unsere wirtschaftliche Lebenslage einmal zu verbessern. Die Lohnverhältnisse sind keineswegs die rosigsten, denn die Schmutzkonturrenz steht hier in größter Blüte und wer hat darunter mehr zu leiden als nur die Arbeiter. Das muß aus der Welt geschafft werden. Und das ist nur durch einen geregelten Lohn und eine geregelte Arbeitszeit zu erzielen. Die Verhältnisse, wie sie jetzt noch bestehen, sind nicht sehr ermutigend. Die Burgstädter Kartonarbeiter sind noch nicht alle organisiert, viele stehen noch außerhalb des Verbandes. Warum? Weil einer dem anderen nicht traut! Wieder andere, die wohl dem Verbands angehören, kümmern sich nicht in geringstem um dessen Angelegenheiten, die doch nur ihre eigenen sind. Diese Kollegen haben offenbar den Wert einer festen Organisation noch nicht erfasst. Und doch können sie täglich sehen, welche Macht die Gewerkschaften besitzen und wie diese Macht ausgenützt wird. Es muß jeder Arbeiter dem Verbands angehören. Denn solange auch nur ein Kartonarbeiter von hier außerhalb des Verbandes steht, ist eine Lücke in dem Ringe, die sich der Gegner leicht zunutze machen kann.

Auch die fernstehenden Kollegen und Kolleginnen müssen zu uns kommen. Mögen sie ihre Teilnahmslosigkeit abstreifen und sich überlegen, was in diesem Jahre uns bevorsteht. Unsere Versammlungen stehen ihnen offen, dort können sie ein freies Wort reden und ihre Wünsche vorbringen. Mögen unsere Kollegen und Kolleginnen am Platze dafür sorgen, daß die Zählstelle Burgstädt eine Macht bildet zum Schutze unserer selbst.

**Rundschau.**

**Bedrückt die Fachpresse, sie hält zu Euren Gegnern!** Oft schon mußte darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Fachpresse gegenüber den Arbeitslosigkeit eine Stellung einnahm, die den Arbeitern schadet. Diese „unparteiischen“ Organe, die vorgeben, lediglich den Interessen des Berufes, beileibe nicht einer bestimmten Partei im Wirtschaftskampf, zu dienen, schlägt sich in allen Streitfällen ausnahmslos auf die Seite der Unternehmer. So auch jetzt wieder der „Allgemeine Anzeiger für Buchbinderereien“ in Stuttgart. Injere Kollegen in Klauen stehen im Lohnkampf. Beschwerden sind ihre Forderungen. Aber doch finden sie keine Anerkennung und es mußte zum Aeußersten kommen. Und siehe da, das genannte Fachblatt gibt sich wiederum, wie schon so oft, dazu her, die Rolle des Streikbrechervermittlers zu übernehmen. In seinen letzten Nummern sind bereits Streikbrechergerichte nach Klauen enthalten. Wir müssen unsere Kollegen darauf aufmerksam machen, auch bei den Chiffreinsparaten vorichtig zu sein. Oft ist es schon vorgekommen, daß durch solche Arbeitslose an einen Ort gelockt worden sind, die dann da sehen, daß sie dupiert und für einen benachbarten Streikort angeworben sind.

Aber mit den Streikbrecherinsparaten läßt es der „Allgemeine Anzeiger“ noch nicht bewenden. Er gibt sich auch dazu her, K.-K.- (Nicht-Verbändler) Insparate aufzunehmen. So enthält seine letzte Nummer ein Insparat der Firma P. Baumert in Frauenfeld (Schweiz), das sich nur an K.-K. wendet. Injere Kollegenchaft muß es ein leichtes sein, die Fachpresse zu zwingen, solche Insparate, die ihr schaden, nicht zu veröffentlichen. Die Fachpresse ist zum großen Teil auf Euch angewiesen. Darin liegt Eure Macht. Ignoriert diese Presse solange, bis sie Euren Wünschen und Forderungen entspricht. Wenn es an den Geldbeutel, an den Profit geht, dann wird auch die Fachpresse eine andere Haltung einnehmen.

**Wegen Beleidigung eines Mittelstandshauptlings** hatte sich Kollege Heise am 16. Februar vor dem Nürnbergger Schöffengericht zu verantworten. Im Herbst vorigen Jahres waren in der „Buchbinder-Zeitung“ mehrere Artikel erschienen, die sich mit üblen Zuständen in Nürnberg und fernerer Buchbinderbetrieben beschäftigten. So war auch unter anderem an dem Betriebe des Buchbindermeisters G. Schmidt Kritik geübt worden, was zur Folge hatte, daß Schmidt den verantwortlichen Redakteur vor den Kadi zitierte, um ihn dort nach allen Regeln der Kunst verdorren zu lassen. Das war höchst unklug von dem Mann, denn die Beweisaufnahme ergab, daß das in dem Artikel Gesagte vollständig zutrifft. So wurde vor allem die frühere revolutionäre Gesinnung des Klägers, die ihn den Spitznamen „Anarchistenschmidla“ eingetragen hatte, zweifelsfrei dargetan. Aber auch sonst wäre es im Interesse des Klägers gelegen, wenn die Geschäftsmaximen nicht an Gerichtsstelle eine bengalische Beleuchtung erfahren hätten. Die Verhandlung, die von morgens halb neun bis abends um sechs währte und zu der 30 Zeugen und Sachverständige geladen waren, ergab nämlich ein ganz eigenes Bild von den bei Schm. üblichen Gepflogenheiten. Durch die Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß die bei Schm. beschäftigten Lehrlinge absolut nichts lernen und auch nichts lernen können, weil im Betriebe des Schm. nur Broschüren hergestellt werden. In der Werkstube war stets schlechte Luft und die Reinlichkeit ließ zu wünschen übrig. Wegen Verfalls der Fortbildungsschule wurden Abzüge vom Lohn gemacht. Es fehlte an einer besonderen Garberobe und an einem Abort. Frau Schm. warf mit Nosenamen wie „Maulaff“, „Simpel“, „Eiel“ usw. um sich. Pausen gab es nicht und die Fensterflügel waren zum Teil zugenagelt, so daß nicht geklüftet werden konnte. Mehrere Zeugen, die bei Schm. „gelernt“ hatten, mußten bestätigen, daß ihre Kenntnisse nicht ausreichen, um als Buchbinder arbeiten zu können. Am so mehr erhielten die Lehrlinge Prügel. Kurz, die Verhandlung entrollte ein Bild, von einer „Musterwerkstatt“, wie wir sie leider Gottes noch so viele finden. Die Nürnberger Buchbindermeister werden es sich jetzt wahrscheinlich überlegen, ob sie den Betrieb von Schm. noch weiterhin als einen der besten in Nürnberg gelten lassen wollen. Bezüglich der Lehrlingsausbildung wäre es Sache der Innung, hier einzugreifen. Im ganzen Betriebe des Schm. ist keine volljährige Arbeiterin beschäftigt. Eine Minderjährige ist verantwortungsvolle Korarbeiterin mit einem Jahresgehalt von — 650 Mk.

Das Gericht erklärte den Wahrheitsbeweis für erbracht, der Betrieb Schm.s sei mangelhaft und beanstandenswert. Es beurteilte den Angeklagten jedoch zu 20 Mk. Geldstrafe, weil er behauptet hatte, daß auch Frau Schm. wegen Mißhandlung bereits

Wo die Gemeinsamkeit der Interessen fehlt, kann es keine Einheit der Ziele, geschweige des Handelns geben. (Marx.)

verurteilt gewesen sei. Das war auch geschehen, aber nur in erster Instanz; die Berufungsinstanz hatte sie freigesprochen. Ohne diesen formalen Irrtum hätte Freisprechung erfolgen müssen. Der Kläger muß die Hälfte der Gerichtskosten zahlen.

Das Nachspiel zum Mansfelder Skandal. Die Mansfelder Vorgänge, bei denen Maschinengewehre und aufgepfanzte Bajonette die Rolle von unfreiwilligen Agitatoren für die Organisationen der Arbeiter abgeben mußten, sind noch in aller Erinnerung. Und jetzt kommen die Nachspiele, die ebenso wie jene Vorgänge die gewaltige Kluft zwischen Bienen und Drohnen der menschlichen Gesellschaft noch mehr verbreiten helfen, die ebenso wie jene an Aufreizung das Menschenmögliche leisten: die Verurteilung der Streikführer zu außerordentlich hohen Strafen. Am 9. Februar wurde gegen drei dieser Unglücklichen verhandelt, und zwar wegen Landfriedensbruch, gemeinschaftlicher Körperverletzung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Diese Vergehen und Verbrechen sollen sich in Mißhandlung von Arbeitswilligen abgepielt haben. Einer der Angeklagten wurde zu fünf, ein anderer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, der dritte freigesprochen. Der Hauptprozeß begann am 14. Februar. Angeklagt waren 10 Personen, darunter eine Frau, wegen schweren, und zwei Personen wegen einfachen Landfriedensbruches. Trotz zugestandener miserabler Umstände erfolgte auch hier die Verurteilung zu aufreizend hohen Strafen. Dem Antrag des Staatsanwalts gemäß wurden verurteilt: die Hauptangeklagten Lohse zu einem Jahr und Negele zu einem Jahr einem Monat Gefängnis. Von den übrigen Angeklagten erhielten Marzetz und Schäfer neun Monate, Kaczmarek acht, Wielert zehn, Brühahn sieben und die Fabrikarbeiterfrau Müller

sechs Monate Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Nach der Urteilsbegründung berücksichtigte das Gericht bei der Straf bemessung, daß die Angeklagten sehr erregt und gereizt waren, und daß sie von Außenstehenden verführt worden seien. Mit dieser Begründung mag das Gericht recht behalten. Reizt es denn nicht zum Neuzerren, zur offenen Empörung, wenn die elend entlohten „reichstreuen“ Bergklaffen sehen mußten, wie sich es einige an dem nur kühn von Tausenden erarbeiteten und erschundenen Profit gütlich taten, wie man für sie nur leere, nichtsjagende Versprechungen übrig hatte? Nur die unmen schlichste Ausbeutung hat die „reichstreuen“ in „reichsfeindliche“ Elemente verwandelt. Das nimmerjatte Grubenkapital drängte sie in die Reihen des freien Bergarbeiterverbandes und machte aus den geduldbigen Schafen reizende Wölfe, die im unbedachten Augenblick sich von der Erregung hinreißen ließen und an einigen Verrätern heimzählte, was diese an ihnen gesündigt. Das Grubenkapital ist es, das zur „Aufreizung“ und „Verführung“ alles nur Erdentbare tat und darum verurteilt gehörte, wenn es nach Recht und Gefühl ginge. So aber hat sich die launische Dame Justitia einige Unglückliche herausgesucht, die nach dem Richterspruch „verführt“ und „verfehrt“ waren.

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte.

Öffnitz: P. Jähniq, Ratsgasse 73. Ab 1. April: Altenburger Straße 558.  
Potsdam: P. Flugmacher, Kriewitzstr. 1.  
Bromberg: J. Jablonski, Kujawierstr. 51.  
Donn: A. Nießen, Lotharstr. 130.

Unterstützungs-Auszahler.

Öffnitz: W. Koitsch, Dammstr. 69, von 12 bis 1 Uhr und 7-8 Uhr, Sonntags von 12-1 Uhr.  
Bromberg: W. Dähle, Prinzental b. Bromberg, Schillerstr. 10 II.

Briefkasten.

R. Th. in E. Wenn Sie für den Jahrgang dort keine besondere Verwendung haben, dann senden Sie ihn nur hierher. — M. S. in B. Das Vorliegende als Ergänzung des schon in letzter Nummer Gesagten wird genügen. — E. P. in F. Desgleichen.  
Zurückgestellt infolge Raummangels wurde: Korrespondenz aus Regensburg.

Literarisches.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Vork u. Co. m. b. H., München.  
Soeben ist die 2.-4. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt die Stichworte: Anarchisten bis Esch-Lothringen.  
Die Anordnung und Behandlung der einzelnen Fragen ist durchaus lobenswert und wird das Werk nach Abschluß eine Lücke in der Parteiliteratur ausfüllen.  
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

ANZEIGEN

Zahlstelle Freiburg.

Am 19. Februar verstarb unser langjähriges, treues Mitglied, Kollege

Otto Biehler

nach kurzer Krankheit im Alter von 34 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Zahlstelle Eisenberg.

Am 20. Februar 1910 starb nach langer Krankheit unser Kollege

Hermann Theil

aus Lautenhain, im Alter von 21 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Unlieb verspätet.

Unserm lieben Kollegen Paul Witz sowie seiner lieben Frau, Fräulein Elise Morgner, die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Plauen.

Unserm lieben Kollegen Johann Barth nebst Frau, Frä. Sophie Reifert, zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Wiesbaden.

Unserm lieben Kollegen Ludwig Rauff und seiner lieben Frau Julie Walbmeier zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Essen-Ruhr.

Etwisarbeiter tüchtiger, mit allen in das Fach einschlagenden Arbeiten vertrauter Mann, bei hohem Lohn für dauernden Posten gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen und Altersangabe unter E. B. 818 an die Exped. dieser Zeitung erb.

Luxuspapierbranche Berlin!

Dienstag, den 1. März 1910, abends 6 Uhr,

findet in der „Vorkbrauerei“, Chausseestraße 64, eine

Bezirks - Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Die geplante Aussperrung in der Berliner Luxuspapierindustrie. Referent: E. Brüdner.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Alle im Bezirk Norden wohnenden und arbeitenden Kollegen und Kolleginnen, insbesondere die der Firma Hagelberg, sind dringend gebeten, vollzählig zu dieser sehr wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Mitgl. d. Verb.-S.-B. Buchbinder-Männerchor Leipzig. Dir.: Herr Max Fischer.

Sonntabend, den 5. März 1910:

Großer Humor-Abend mit Ball

in sämtlichen Räumen der „Drei Mühren“, L. Ringer.

Seiters Programm.

Einlaß 7 Uhr. Tombola. Anfang 8 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Der Vorstand.
Programme, im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf., sind bei den Vertrauensleuten sowie im Bureau zu haben.

Stuischreiner als Vorarbeiter, möglichst auf Silberkästen u. Glasaufläge eingerichtet, solider, fleißiger u. sauberer Arbeiter, militärfrei, für kleinen flotten Betrieb dauernd nach auswärts gesucht. Reise wird vergütet. Offerten unter K. C. 171 an die Exped. dieser Zeitung.

Flott eingerichtete Stuisstichler finden sofort dauernde Stellung. Hermann Schulze, Stuisfabrik, Eisenburg b. Leipzig.

Buchbinderei, Buch- und Papierhandlung eventl. mit Hausgrundstück, beste Geschäftslage, Gehseite der Straße, in Großstadt Sachsens, sofort od. baldigt infolge Wegzugs zum Inventurwert zu verkaufen. Anzahlung 3000 M. Offerten unter C. S. 25 befördert d. Exped. d. Zeitg.

Bogensätze, Fileten, Rollen, Stempel, Schriftensätze liefert in bester Art F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.

Günstig für Anfänger.

Ein kleines Papierwarengeschäft in der Nähe von 3 Schulen, sofort billig zu verkaufen.

Burthardt, Frankfurt a. Oder, Leipzigerplatz 4.

Anton Spindler, Leipzig-Th.

Vorteilhafte Bezugsquelle

in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung. Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere. Japanische Neuheiten. Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen. Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.